

ANHANG I: ALLGEMEINE BEDINGUNGEN

FÜR AUS DEM HAUSHALT DER EUROPÄISCHEN UNION BZW. AUS DEM EUROPÄISCHEN ENTWICKLUNGSFONDS FINANZIERT LIEFERAUFTRÄGE

INHALTSVERZEICHNIS

EINLEITENDE BESTIMMUNGEN	3
ARTIKEL 1 - BEGRIFFSBESTIMMUNGEN	3
ARTIKEL 2 - VERTRAGSSPRACHE	3
ARTIKEL 3 - RANGORDNUNG DER VERTRAGSDOKUMENTE	3
ARTIKEL 4 - MITTEILUNGEN	3
ARTIKEL 5 - ÜBERTRAGUNG	4
ARTIKEL 6 - VERGABE VON UNTERAUFTRÄGEN	4
PFLICHTEN DES ÖFFENTLICHEN AUFTRAGGEBERS	5
ARTIKEL 7 - ÜBERLASSUNG VON UNTERLAGEN	5
ARTIKEL 8 - UNTERSTÜTZUNG HINSICHTLICH DER ÖRTLICHEN VORSCHRIFTEN	7
PFLICHTEN DES AUFTRAGNEHMERS	7
ARTIKEL 9 - ALLGEMEINE VERPFLICHTUNGEN	7
ARTIKEL 10 - URSPRUNG	10
ARTIKEL 11 - ERFÜLLUNGSGARANTIE (LIEFERGARANTIE)	11
ARTIKEL 12 - VERSICHERUNGEN	11
ARTIKEL 13 - PROGRAMM FÜR DIE DURCHFÜHRUNG DER AUFGABEN	13
ARTIKEL 14 - ZEICHNUNGEN DES AUFTRAGNEHMERS	13
ARTIKEL 15 - ANGEMESSENHEIT DER ANGEBOTSPREISE	15
ARTIKEL 16 - STEUER- UND ZOLLREGELUNG	17
ARTIKEL 17 - PATENTE UND LIZENZEN	17
DURCHFÜHRUNG DER AUFGABEN UND VERZUG	17
ARTIKEL 18 - ANORDNUNG DES BEGINNS	17
ARTIKEL 19 - ZEITRAUM DER AUFGABENDURCHFÜHRUNG	17
ARTIKEL 20 - VERLÄNGERUNG DES ZEITRAUMS DER AUFGABENDURCHFÜHRUNG	17
ARTIKEL 21 - VERZÖGERUNGEN BEI DER DURCHFÜHRUNG DER AUFGABEN	18
ARTIKEL 22 - ÄNDERUNGEN	18
ARTIKEL 23 - AUSSETZUNG	20
MATERIAL UND AUSFÜHRUNG	22
ARTIKEL 24 - QUALITÄT DER LIEFERUNGEN	22
ARTIKEL 25 - KONTROLLE UND TESTS	22
ZAHLUNGEN	23
ARTIKEL 26 - ALLGEMEINE GRUNDSÄTZE	23
ARTIKEL 27 - ZAHLUNG AN DRITTE	25
ARTIKEL 28 - ZAHLUNGSVERZUG	25
ABNAHME UND WARTUNG	26
ARTIKEL 29 - ZUSTELLUNG	26
ARTIKEL 30 - PRÜFUNGEN	26
ARTIKEL 31 - VORLÄUFIGE ABNAHME	27
ARTIKEL 32 - GEWÄHRLEISTUNGSPFLICHTEN	28
ARTIKEL 33 - KUNDENDIENST	30
ARTIKEL 34 - ENDABNAHME	30
VERTRAGSBRUCH UND KÜNDIGUNG	31
ARTIKEL 35 - VERTRAGSBRUCH	31
ARTIKEL 36 - KÜNDIGUNG DURCH DEN ÖFFENTLICHEN AUFTRAGGEBER	31
ARTIKEL 37 - KÜNDIGUNG DURCH DEN AUFTRAGNEHMER	33
ARTIKEL 38 - HÖHERE GEWALT	33
ARTIKEL 39 - TOD	34
STREITBEILEGUNG UND ANWENDBARES RECHT	36
ARTIKEL 40 - STREITBEILEGUNG	36

ARTIKEL 41 - ANWENDBARES RECHT.....	36
SCHLUSSBESTIMMUNGEN	36
ARTIKEL 42 - VERWALTUNGSRECHTLICHE UND FINANZIELLE SANKTIONEN	36
ARTIKEL 43 - PRÜFUNGEN UND KONTROLLEN DURCH EINRICHTUNGEN DER EUROPÄISCHEN UNION	37
ARTIKEL 44 - DATENSCHUTZ.....	38

EINLEITENDE BESTIMMUNGEN

Artikel 1 - BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

- 1.1 Die in diesen Allgemeinen Bedingungen enthaltenen Überschriften und Titel gelten nicht als Bestandteil dieser Bestimmungen und sind bei der Auslegung des Vertrags nicht zu berücksichtigen.
- 1.2 Nach Maßgabe des Zusammenhangs schließen Wörter, die in der Einzahl stehen, die Mehrzahl ein und umgekehrt; im gleichen Sinne schließt die männliche Form eines Wortes die weibliche Form ein und umgekehrt.
- 1.3 Wörter, die Personen oder Parteien bezeichnen, schließen Firmen und Gesellschaften sowie andere rechtsfähige Einrichtungen ein.
- 1.4 Die in den vorliegenden Allgemeinen Bedingungen verwendeten Begriffsbestimmungen sind im „Glossar“, Anhang A1 des Handbuchs für Vergabeverfahren im Rahmen von EU-Außenmaßnahmen aufgeführt, welches integraler Bestandteil dieses Vertrags ist.

Artikel 2 - Vertragssprache

- 2.1 Der Vertrag sowie sämtliche Mitteilungen zwischen dem Auftragnehmer, dem öffentlichen Auftraggeber und dem Projektmanager oder ihren Vertretern sind in der in den Besonderen Bedingungen festgelegten Sprache abzufassen.

Artikel 3 - Rangordnung der Vertragsdokumente

- 3.1 Sofern in den Besonderen Bedingungen nichts anderes vorgesehen ist, besteht der Vertrag aus den folgenden Dokumenten, nach Rangordnung angegeben:
 - a) Vertrag;
 - b) Besondere Bedingungen;
 - c) Allgemeine Bedingungen (Anhang I);
 - d) Technische Spezifikationen (Anhang II) einschließlich der vor der Abgabefrist für Angebote erfolgten Klarstellungen sowie der Protokolle zu Informationstreffen/Ortsbesichtigungen;
 - e) Technisches Angebot (Anhang III) einschließlich Klarstellungen des Auftragnehmers, welche im Rahmen der Angebotsbewertung bereitgestellt wurden;
 - f) Aufschlüsselung des Budgets (Anhang IV);
 - g) angegebene Formulare und andere relevante Unterlagen (Anhang V).

Die Rangordnung von Zusatzverträgen entspricht der Rangordnung des jeweils durch sie geänderten Dokuments.

- 3.2 Im Falle einer Unklarheit oder eines Widerspruchs in den obigen Unterlagen finden deren Bestimmungen gemäß der obigen Rangordnung Anwendung.

Artikel 4 - Mitteilungen

- 4.1 Sofern in den Besonderen Bedingungen nichts anderes festgelegt ist, werden schriftliche Mitteilungen im Zusammenhang mit diesem Vertrag zwischen dem öffentlichen Auftraggeber oder dem Projektmanager einerseits und dem Auftragnehmer andererseits unter Angabe der Vertragsbezeichnung und der Identifikationsnummer auf dem Postweg, telegrafisch, fernschriftlich, per Fax oder E-Mail an die zu diesem Zweck von ihnen bezeichneten Anschriften gesendet oder dort persönlich abgegeben.
- 4.2 Verlangt der Absender eine Empfangsbestätigung, so gibt er dies in seiner Mitteilung an; wenn für den Eingang der Mitteilung eine Frist festgesetzt ist, muss er eine Empfangsbestätigung verlangen. Auf jeden Fall trifft der Absender alle erforderlichen Maßnahmen, um den rechtzeitigen Empfang seiner Mitteilung sicherzustellen.
- 4.3 Sind im Auftrag Aufforderungen, Einwilligungen, Genehmigungen, Bescheinigungen oder Entscheidungen vorgesehen, so bedürfen diese, sofern nichts anderes festgelegt ist, der Schriftform, und die Begriffe „auffordern“, „einwilligen“, „genehmigen“, „bescheinigen“ bzw. „entscheiden“ sind entsprechend auszulegen. Derartige Einwilligungen, Genehmigungen, Bescheinigungen oder Entscheidungen dürfen nicht unbegründet zurückgehalten oder verspätet zugestellt werden.
- 4.4 Mündliche Weisungen oder Anordnungen sind schriftlich zu bestätigen.

Artikel 5 - Übertragung

- 5.1 Eine Übertragung ist nur in Form eines schriftlichen Vertrags gültig, durch den der Auftragnehmer seinen Auftrag ganz oder zum Teil auf einen Dritten überträgt.
- 5.2 Der Auftragnehmer darf ohne die vorherige schriftliche Genehmigung des öffentlichen Auftraggebers den Auftrag oder Teile des Auftrags oder einen aus dem Auftrag erwachsenden Nutzen oder Anspruch nicht übertragen, es sei denn, im Falle
 - a) eines besonderen Rechts zugunsten des Kreditinstituts des Auftragnehmers an vertragsgemäß fälligen oder fällig werdenden Zahlungen oder
 - b) einer Übertragung der Schadenersatzansprüche des Auftragnehmers gegenüber haftenden Dritten auf die Versicherer des Auftragnehmers, wenn die Versicherer die Verluste oder Verbindlichkeiten des Auftragnehmers übernommen haben.
- 5.3 Im Sinne von Artikel 5 Absatz 2 entbindet die Zustimmung des öffentlichen Auftraggebers zu einer Übertragung den Auftragnehmer nicht von seinen Verpflichtungen in Bezug auf den bereits ausgeführten Teil des Auftrags oder den nicht übertragenen Teil.
- 5.4 Hat der Auftragnehmer seinen Auftrag ohne Genehmigung übertragen, so kann der öffentliche Auftraggeber den Vertrag kündigen.
- 5.5 Unternehmen, auf die Aufträge übertragen werden, müssen den für die Vergabe des Auftrags geltenden Zulassungskriterien genügen und dürfen nicht unter die in den Ausschreibungsunterlagen genannten Ausschlusskriterien fallen.

Artikel 6 - Vergabe von Unteraufträgen

- 6.1 Ein Unterauftrag ist nur in Form eines schriftlichen Vertrags gültig, durch den der Auftragnehmer einem Dritten seinen Auftrag ganz oder zum Teil zur Durchführung überlässt.

- 6.2 Der Auftragnehmer holt die Zustimmung des öffentlichen Auftraggebers zur Vergabe von Unteraufträgen ein. In dem Ersuchen sind die mittels Unterauftrag zu vergebenden Elemente des Auftrags und die Identität der Unterauftragnehmer anzugeben. Der öffentliche Auftraggeber gibt dem Auftragnehmer binnen 30 Tagen nach Erhalt des Ersuchens seine Entscheidung bekannt, die mit einer Begründung zu versehen ist, wenn er die Genehmigung nicht erteilt.
- 6.3 Unterauftragnehmer müssen den für die Vergabe des Auftrags geltenden Zulassungskriterien genügen und dürfen nicht unter die in den Ausschreibungsunterlagen genannten Ausschlusskriterien fallen.
- 6.4 Zwischen einem Unterauftragnehmer und dem öffentlichen Auftraggeber werden durch die Vergabe des Unterauftrags keine vertraglichen Beziehungen hergestellt.
- 6.5 Der Auftragnehmer haftet für die Handlungen, Versäumnisse und Unterlassungen seiner Unterauftragnehmer und deren Bevollmächtigten oder Mitarbeiter, als handelte es sich um die Handlungen, Versäumnisse oder Unterlassungen des Auftragnehmers bzw. seiner Bevollmächtigten oder Mitarbeiter. Die vom öffentlichen Auftraggeber erteilte Genehmigung der Vergabe eines Teils des Auftrags oder der Ausführung eines Teils der Aufgaben durch den Unterauftragnehmer entbindet den Auftragnehmer von keiner seiner vertraglichen Verpflichtungen.
- 6.6 Ist ein Unterauftragnehmer gegenüber dem Auftragnehmer in Bezug auf die von ihm gelieferten Waren Verpflichtungen eingegangen, die zeitlich über die vertragliche Gewährleistungsfrist hinaus andauern, so überträgt der Auftragnehmer nach Ablauf dieser Frist auf Antrag und auf Kosten des öffentlichen Auftraggebers unverzüglich den sich aus diesen Verpflichtungen ergebenden Nutzen für deren Restlaufzeit auf den öffentlichen Auftraggeber.
- 6.7 Schließt der Auftragnehmer einen Unterauftrag ohne Genehmigung, so kann der öffentliche Auftraggeber den Vertrag kündigen.
- 6.8 Stellt der öffentliche Auftraggeber oder der Projektmanager fest, dass ein Unterauftragnehmer nicht imstande ist, seine Aufgaben auszuführen, so kann der öffentliche Auftraggeber oder der Projektmanager unverzüglich verlangen, dass der Auftragnehmer ersatzweise einen Unterauftragnehmer stellt, dessen Qualifikationen und Erfahrung für den öffentlichen Auftraggeber annehmbar sind, oder dass er die Durchführung der Aufgaben selber übernimmt.

PFLICHTEN DES ÖFFENTLICHEN AUFTRAGGEBERS **Artikel 7 - Überl assung von Unterlage**

n

- 7.1 Sofern in den Besonderen Bedingungen nichts anderes vorgesehen ist, stellt der öffentliche Auftraggeber binnen 30 Tagen nach Unterzeichnung des Vertrags dem Auftragnehmer kostenlos ein Duplikat der Zeichnungen für die Durchführung der Aufgaben und eine Abschrift der Spezifikationen und sonstigen Vertragsunterlagen zur Verfügung. Der Auftragnehmer kann zusätzlich Duplikate dieser Zeichnungen, Spezifikationen und sonstigen Unterlagen erwerben, sofern diese erhältlich sind. Nach der Endabnahme gibt der Auftragnehmer alle Zeichnungen, die Spezifikationen und sonstigen Auftragsunterlagen an den Projektmanager zurück.

- 7.2 Der öffentliche Auftraggeber arbeitet mit dem Auftragnehmer zusammen, um die Informationen bereitzustellen, die Letzterer billigerweise zur Erfüllung des Auftrags verlangen kann.
- 7.3 Der öffentliche Auftraggeber teilt dem Auftragnehmer schriftlich den Namen und die Anschrift des Projektmanagers mit.
- 7.4 Sofern es nicht für die Zwecke des Auftrags erforderlich ist, dürfen die Zeichnungen, Spezifikationen und sonstigen vom öffentlichen Auftraggeber zur Verfügung gestellten Unterlagen nicht ohne dessen vorherige Zustimmung vom Auftragnehmer verwendet oder an Dritte weitergegeben werden.
- 7.5 Der Projektmanager ist befugt, dem Auftragnehmer Verwaltungsanweisungen mit den zusätzlichen Dokumenten und Weisungen zuzustellen, die für die ordnungsgemäße Ausführung des Auftrags und die Behebung von Mängeln erforderlich sind.
- 7.6 In den Besonderen Bedingungen ist gegebenenfalls das Verfahren zu nennen, das vom öffentlichen Auftraggeber und vom Projektmanager verwendet wird, um Zeichnungen und andere vom Auftragnehmer bereitgestellte Dokumente zu genehmigen.

Artikel 8 - Unterstützung hinsichtlich der örtlichen Vorschriften

- 8.1 Der Auftragnehmer kann den öffentlichen Auftraggeber ersuchen, ihn bei der Beschaffung der Texte von Gesetzen, Vorschriften und Informationen über die örtlichen Gebräuche, Anordnungen oder Verordnungen des Landes, in dem die Lieferungen bereitzustellen sind, zu unterstützen, die sich möglicherweise auf den Auftragnehmer bei der Erfüllung seiner vertraglichen Verpflichtungen auswirken könnten. Der öffentliche Auftraggeber kann dem Auftragnehmer auf dessen Kosten die erbetene Unterstützung gewähren.
- 8.2 Der Auftragnehmer gibt dem öffentlichen Auftraggeber rechtzeitig Einzelheiten zu den Lieferungen bekannt, sodass der öffentliche Auftraggeber alle erforderlichen Genehmigungen oder Einfuhrlizenzen einholen kann.
- 8.3 Der öffentliche Auftraggeber holt gemäß den Besonderen Bedingungen innerhalb einer unter Berücksichtigung der Termine für die Durchführung der Aufgaben angemessenen Frist alle erforderlichen Genehmigungen oder Einfuhrlizenzen ein.
- 8.4 Vorbehaltlich der für ausländische Arbeitskräfte geltenden Gesetze und Vorschriften des Landes, in dem die Lieferungen bereitzustellen sind, leistet der öffentliche Auftraggeber dem Auftragnehmer auf dessen Ersuchen angemessene Unterstützung, um die in dem betreffenden Land gesetzlich vorgeschriebenen Visa und Genehmigungen einschließlich der Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis für die Arbeitskräfte, deren Einsatz der Auftragnehmer und der öffentliche Auftraggeber für erforderlich halten, sowie Aufenthaltsgenehmigungen für die Familien der Arbeitskräfte zu beantragen.

PFLICHTEN DES AUFTRAGNEHMERS

Artikel 9 - Allgemeine Verpflichtungen

- 9.1 Der Auftragnehmer führt den Auftrag mit der gebotenen Umsicht, Effizienz und Sorgfalt nach Maßgabe der besten beruflichen Gepflogenheiten aus.
- 9.2 Der Auftragnehmer hat die Lieferungen in Einklang mit den vertraglichen Bestimmungen zu entwerfen, herzustellen, an den Ort der Übergabe zu bringen, aufzustellen, Tests zu unterziehen sowie in Betrieb zu nehmen und alle sonstigen Arbeiten einschließlich der Behebung etwaiger Mängel der Lieferungen auszuführen. Der Auftragnehmer sorgt ferner für die erforderliche Ausrüstung, die Leitung, die Arbeitskräfte und alle Anlagen, die zur Durchführung der Aufgaben benötigt werden.
- 9.3 Der Auftragnehmer hält vom Projektmanager erlassene Verwaltungsanweisungen ein. Ist er der Auffassung, dass die Anforderungen einer Verwaltungsanweisung den Geltungsbereich des Vertrags überschreiten, so teilt er dies dem Projektmanager unter Angabe von Gründen mit. Erfolgt die Mitteilung des Auftragnehmers nicht binnen 30 Tagen nach Erhalt der Anweisung, so hat er sein Mitteilungsrecht verwirkt. Die Ausführung der Verwaltungsanweisung wird wegen des Einspruchs nicht ausgesetzt.
- 9.4 Der Auftragnehmer legt dem öffentlichen Auftraggeber auf Verlangen unverzüglich Informationen und Unterlagen zu den Umständen der Ausführung des Vertrags vor.

- 9.5 Der Auftragnehmer hat alle geltenden Gesetze und Vorschriften des Landes, in dem die Lieferungen bereitzustellen sind, einzuhalten und zu beachten und dafür Sorge zu tragen, dass sein Personal, dessen Angehörige sowie seine örtlichen Beschäftigten diese Gesetze und Vorschriften ebenfalls einhalten und beachten. Der Auftragnehmer entschädigt den öffentlichen Auftraggeber im Falle von Ansprüchen und Verfahren infolge einer Übertretung dieser Gesetze und Vorschriften durch den Auftragnehmer, seine Beschäftigten und deren Angehörige.
- 9.6 Wird die Vertragserfüllung mittelbar oder unmittelbar durch unvorhergesehene Ereignisse, Handlungen oder Unterlassungen teilweise oder vollständig behindert, so stellt der Auftragnehmer dies umgehend von sich aus fest und meldet es dem öffentlichen Auftraggeber. Dabei muss er das Problem beschreiben, angeben, wann es eingetreten ist, und mitteilen, welche Abhilfemaßnahmen er getroffen hat, um seinen vertraglichen Verpflichtungen in vollem Umfang nachzukommen. Der Auftragnehmer bemüht sich vorrangig um die Beseitigung des Problems und nicht um die Klärung der Haftungsfrage.
- 9.7 Vorbehaltlich Artikel 9 Absatz 9 verpflichtet sich der Auftragnehmer, im Zusammenhang mit der Vertragserfüllung stehende Informationen oder Unterlagen streng vertraulich zu behandeln und ohne die vorherige schriftliche Zustimmung des öffentlichen Auftraggebers weder anderweitig zu verwenden noch an Dritte weiterzugeben. Diese Verpflichtung besteht auch nach Abschluss der Aufgaben fort; der Auftragnehmer erwirkt dieselbe Verpflichtung von jedem Mitglied seines Personals.
- 9.8 Ist der Auftragnehmer ein Joint Venture oder Konsortium von zwei oder mehr Personen, so haften diese Personen gesamtschuldnerisch für die Erfüllung der Vertragsbestimmungen. Die Person, die vom Konsortium ernannt wurde, um für die Zwecke dieses Vertrags in seinem Namen zu handeln, kann rechtsverbindlich für das Konsortium handeln und ist für sämtliche vertraglichen und finanziellen Aspekte der alleinige Ansprechpartner. Die Zusammensetzung oder die Satzung des Joint Ventures oder des Konsortiums darf ohne vorherige Zustimmung des öffentlichen Auftraggebers nicht geändert werden. Jegliche Änderung der Zusammensetzung des Konsortiums ohne vorherige schriftliche Zustimmung des öffentlichen Auftraggebers kann zur Kündigung des Vertrags führen.
- 9.9 Sofern die Europäische Kommission keine anderslautenden Forderungen stellt oder Vereinbarungen trifft, muss der Auftragnehmer die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um den Finanzbeitrag der EU in geeigneter Weise öffentlich bekanntzumachen. Diese Maßnahmen entsprechen den Vorschriften des von der Europäischen Kommission veröffentlichten Handbuchs für Kommunikation und Sichtbarkeit bei EU-Außenmaßnahmen.
- 9.10 Alle Aufzeichnungen werden ab dem Zeitpunkt der Abschlusszahlung zu dem Vertrag für einen Zeitraum von sieben Jahren aufbewahrt.

Artikel 9a - Verhaltensregeln

- 9a.1 Der Auftragnehmer handelt stets unparteiisch und als loyaler Berater in Einklang mit dem Verhaltenskodex seines Berufsstandes. Er gibt ohne vorherige Zustimmung des öffentlichen Auftraggebers keine öffentlichen Erklärungen zu dem Projekt ab. Er ist nicht befugt, den öffentlichen Auftraggeber ohne dessen vorherige schriftliche Zustimmung in irgendeiner Weise zu binden, und hat gegebenenfalls diese Verpflichtung Dritten gegenüber klarzustellen.
- 9a.2 Der Auftragnehmer und seine Mitarbeiter achten die Menschenrechte und verpflichten sich, die politischen, kulturellen und religiösen Bräuche des Landes, in dem die Lieferungen bereitgestellt werden sollen, nicht zu verletzen.

- 9a.3 Der Auftragnehmer hält international vereinbarte Kernarbeitsnormen wie die einschlägigen Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation ein (z. B. die Übereinkommen zur Versammlungsfreiheit und zu Tarifverhandlungen, zur Abschaffung von Zwangs- oder Pflichtarbeit, zur Abschaffung jeglicher Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf sowie zur Abschaffung der Kinderarbeit).
- 9a.4 Der Auftragnehmer, seine Unterauftragnehmer, Bevollmächtigten oder Mitarbeiter dürfen die ihnen anvertraute Macht nicht zur Erlangung privater Vorteile missbrauchen. Der Auftragnehmer, seine Unterauftragnehmer, Bevollmächtigten oder Mitarbeiter dürfen weder Geschenke, Zuwendungen, Provisionen oder Gegenleistungen einer Person als Anreiz oder Belohnung annehmen oder sich bereit erklären, diese anzunehmen, noch dürfen sie diese einer Person als Anreiz oder Belohnung anbieten oder sich bereit erklären, ihr diese zukommen zu lassen oder zu beschaffen, damit eine Handlung im Zusammenhang mit der Vertragserfüllung unternommen oder unterlassen wird oder damit eine Person im Zusammenhang mit dem Auftrag benachteiligt oder begünstigt wird. Der Auftragnehmer beachtet die geltenden Gesetze und Vorschriften im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Bestechung und Korruption.
- 9a.5 Die Ausführung des Vertrags darf keinen Anlass für außerordentliche Geschäftsausgaben geben. Der Auftragnehmer und seine Mitarbeiter dürfen keine Tätigkeit ausüben und keine Vorteile annehmen, die mit ihren vertraglichen Pflichten in Widerspruch stehen.
- 9a.6 Sofern er dies für notwendig erachtet, kann der öffentliche Auftraggeber Unterlagen prüfen und an Ort und Stelle Kontrollen vornehmen, um Beweise für vermutete außerordentliche Geschäftsausgaben zu sammeln.

Artikel 9b - Interessenkonflikt

- 9b.1 Der Auftragnehmer trifft alle nötigen Vorkehrungen, um eine Situation zu vermeiden oder zu beenden, die eine unparteiische und objektive Vertragserfüllung beeinträchtigen könnte. Ein Interessenkonflikt kann sich insbesondere aus einem wirtschaftlichen Interesse, aus politischer Affinität oder nationalen Bindungen, familiären oder freundschaftlichen Beziehungen sowie sonstigen Interessenverwicklungen ergeben. Ergeben sich im Zuge der Vertragserfüllung derartige Interessenkonflikte, so werden diese dem öffentlichen Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitgeteilt. Der Auftragnehmer trifft unverzüglich alle nötigen Vorkehrungen, um etwaige Interessenkonflikte zu beenden.
- 9b.2 Der öffentliche Auftraggeber behält sich vor, die in diesem Zusammenhang getroffenen Maßnahmen auf ihre Angemessenheit hin zu prüfen und erforderlichenfalls zusätzliche Maßnahmen zu verlangen. Der Auftragnehmer trägt dafür Sorge, dass seine Mitarbeiter und Geschäftsleitung nicht in einen Interessenkonflikt geraten. Unbeschadet seiner vertraglichen Verpflichtungen ersetzt der Auftragnehmer umgehend und ohne jegliche Entschädigung durch den öffentlichen Auftraggeber jeden Mitarbeiter, der sich in einer derartigen Situation befindet.
- 9b.3 Der Auftragnehmer hat von Beziehungen Abstand zu nehmen, die seine Unabhängigkeit oder die seines Personals gefährden könnten.
- 9b.4 Der Auftragnehmer beschränkt seine Rolle im Zusammenhang mit dem Projekt auf die Bereitstellung der im Vertrag beschriebenen Lieferungen.
- 9b.5 Der Auftragnehmer sowie alle im Rahmen der Vertragserfüllung unter seiner Weisungsbefugnis oder Kontrolle arbeitenden oder mit anderen Tätigkeiten befassten Personen dürfen keinen Zugang zu anderen Finanzmitteln aus dem EU-Haushalt/aus dem EEF haben, welche unter demselben Projekt verfügbar sind. Der Auftragnehmer darf jedoch mit der schriftlichen Genehmigung des öffentlichen Auftraggebers an dem Projekt

teilnehmen, wenn er nachweisen kann, dass seine Einbindung in frühere Phasen des Projekts keinen unlauteren Wettbewerb darstellt.

Artikel 10 - Ursprung

- 10.1 Alle Waren müssen ihren Ursprung in einem Land haben, das gemäß den Hinweisen für Bieter und den Besonderen Bedingungen teilnahmeberechtigt ist.
- 10.2 Der Auftragnehmer muss bescheinigen, dass die angebotenen Waren diese Anforderungen erfüllen, und ihre Ursprungsländer angeben. Auf Verlangen hat er ausführlichere Auskünfte zu erteilen.
- 10.3 Der Auftragnehmer legt zum Zeitpunkt der vorläufigen Abnahme ein amtliches Ursprungszeugnis vor. Kommt er dieser Verpflichtung nicht nach, kann dies, nach förmlicher Anmahnung, zur Kündigung des Vertrags führen.

Artikel 11 - Erfüllungsgarantie (Liefergarantie)

- 11.1 Sofern in den Besonderen Bedingungen nichts anderes festgelegt ist, leistet der Auftragnehmer bei Rücksendung des gegengezeichneten Vertrags dem öffentlichen Auftraggeber eine Garantie für die vollständige und ordnungsgemäße Ausführung des Auftrags. Die Höhe der Garantie wird in den Besonderen Bedingungen festgelegt. Sie muss im Bereich von 5 bis 10 % des vertraglich vereinbarten Preises einschließlich des Betrages etwaiger Zusatzaufträge liegen.
- 11.2 Die Erfüllungsgarantie dient der Entschädigung des öffentlichen Auftraggebers für Verluste, die entstehen, wenn der Auftragnehmer seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkommt.
- 11.3 Die Erfüllungsgarantie ist in der im Vertrag vorgegebenen Form zu stellen; sie kann in Form einer Bankgarantie, eines Bankwechsels, eines bestätigten Schecks, einer von einer Versicherungs- und/oder einer Kautionsversicherungsgesellschaft abgegebenen Bürgschaftserklärung, eines unwiderruflichen Akkreditivs oder in Form einer Bareinlage beim öffentlichen Auftraggeber beigebracht werden. Soll die Erfüllungsgarantie in Form einer Bankgarantie, eines Bankwechsels, eines bestätigten Schecks oder einer Bürgschaftserklärung beigebracht werden, so ist sie von einer Bank oder Kautionsversicherungs- und/oder Versicherungsgesellschaft zu stellen, die vom öffentlichen Auftraggeber akzeptiert wird.
- 11.4 Die Erfüllungsgarantie ist in der Währung auszustellen, in der der Auftrag zahlbar ist. An den Auftragnehmer werden keine Zahlungen geleistet, bevor die Erfüllungsgarantie beigebracht worden ist. Die Erfüllungsgarantie gilt so lange, bis der Auftrag vollständig und ordnungsgemäß ausgeführt worden ist.
- 11.5 Ist während der Ausführung eines Auftrags die natürliche oder juristische Person, die die Garantie leistet, nicht in der Lage, ihre Verpflichtungen einzuhalten, so verliert die Erfüllungsgarantie ihre Geltung. Der öffentliche Auftraggeber fordert den Auftragnehmer förmlich auf, unter den gleichen Bedingungen eine neue Garantie zu stellen. Stellt der Auftragnehmer keine neue Garantie, kann der öffentliche Auftraggeber den Vertrag kündigen.
- 11.6 Der öffentliche Auftraggeber verlangt entsprechend den Bedingungen der Erfüllungsgarantie und bis zu ihrer Höhe aus dieser Garantie die Zahlung der Beträge, für die der Garantiegeber aufgrund der Nichterfüllung des Auftrags durch den Auftragnehmer haftet. Der Garantiegeber zahlt diese Beträge auf Verlangen des öffentlichen Auftraggebers unverzüglich aus und darf aus keinerlei Gründen Einwände erheben. Bevor der öffentliche Auftraggeber eine Forderung hinsichtlich der Erfüllungsgarantie erheben kann, unterrichtet er den Auftragnehmer darüber unter Angabe der Art des Versäumnisses, aufgrund dessen die Forderung erhoben wird.
- 11.7 Sofern in den Besonderen Bedingungen nichts anderes vorgesehen ist, erfolgt die Freigabe der Erfüllungsgarantie binnen 45 Tagen nach Erstellung der endgültigen Abnahmebescheinigung für den Gesamtbetrag, mit Ausnahme von Beträgen, die Gegenstand gütlicher Regelungen, Schlichtungen oder Rechtsstreitigkeiten sind.

Artikel 12 - Versicherungen

- 12.1 Es kann eine Transportversicherung vorgeschrieben werden. Die Bedingungen dieser Versicherungspolice können in den Besonderen Bedingungen festgelegt werden. Die Besonderen Bedingungen können ferner weitere Versicherungen vorsehen, die der Auftragnehmer abschließen muss.

- 12.2 Unbeschadet der Versicherungspflicht des Auftragnehmers gemäß Artikel 12 Absatz 1 haftet ausschließlich der Auftragnehmer; dieser hat den öffentlichen Auftraggeber und den Projektmanager im Falle von Forderungen aufgrund von Sach- oder Personenschäden, die bei der Ausführung des Auftrags durch den Auftragnehmer, seine Unterauftragnehmer und dessen/deren Mitarbeiter verursacht wurden, zu entschädigen.

Artikel 13 - Programm für die Durchführung der Aufgaben

- 13.1 Falls die Besonderen Bedingungen dies vorsehen, legt der Auftragnehmer dem Projektmanager ein Programm für die Durchführung der Aufgaben zur Genehmigung vor. Dieses Programm enthält mindestens
- a) die vom Auftragnehmer für die Vertragserfüllung vorgeschlagene Reihenfolge, einschließlich Anfertigung von Entwürfen, Herstellung, Zustellung an den Ort der Übergabe, Einbau, Tests und Inbetriebnahme;
 - b) die Fristen für die Vorlage und die Genehmigung der Zeichnungen;
 - c) eine allgemeine Beschreibung der Methoden, die der Auftragnehmer für die Ausführung des Auftrags vorschlägt; und
 - d) weitere Einzelheiten und Angaben, die der Projektmanager billigerweise verlangen kann.
- 13.2 In den Besonderen Bedingungen ist die Frist anzugeben, innerhalb deren das Programm für die Durchführung der Aufgaben dem Projektmanager zur Genehmigung vorzulegen ist. Es können Fristen gesetzt werden, innerhalb deren der Auftragnehmer alle Detailzeichnungen, Unterlagen und Angaben ganz oder teilweise vorzulegen hat. Außerdem muss in den Besonderen Bedingungen die Frist angegeben werden, bis zu der der Projektmanager das Programm für die Durchführung sowie die Detailzeichnungen, Unterlagen und Angaben genehmigen bzw. abnehmen muss.
- 13.3 Die Genehmigung des Programms durch den Projektmanager entbindet den Auftragnehmer nicht von seinen vertraglichen Verpflichtungen.
- 13.4 Ohne Genehmigung des Projektmanagers ist keine wesentliche Änderung des Programms zulässig. Entspricht jedoch der Fortgang bei der Durchführung der Aufgaben nicht dem Programm, kann der Projektmanager den Auftragnehmer anweisen, in Einklang mit dem Verfahren gemäß Artikel 13 ein überarbeitetes Programm vorzulegen.

Artikel 14 - Zeichnungen des Auftragnehmers

- 14.1 Wenn es in den Besonderen Bedingungen vorgesehen ist, legt der Auftragnehmer dem Projektmanager Folgendes zur Genehmigung vor:
- a) Zeichnungen, Unterlagen, Probestücke und/oder Modelle gemäß den in den Besonderen Bedingungen oder im Programm für die Durchführung der Aufgaben festgelegten Fristen und Verfahren;
 - b) Zeichnungen, die der Projektmanager für die Durchführung der Aufgaben billigerweise anfordern kann.
- 14.2 Übermittelt der Projektmanager seine Genehmigung gemäß Artikel 14 Absatz 1 nicht innerhalb der im Vertrag oder im genehmigten Programm für die Durchführung der Aufgaben genannten Fristen, so gilt die Genehmigung der Zeichnungen, Unterlagen, Probestücke oder Modelle mit Ablauf der vereinbarten Frist als erteilt. Wurde keine Frist vereinbart, so gilt die Genehmigung 30 Tage nach Eingang der Unterlagen als erteilt.

- 14.3 Genehmigte Zeichnungen, Unterlagen, Probestücke und Modelle werden vom Projektmanager unterzeichnet oder auf andere Weise gekennzeichnet; es darf nur von ihnen abgewichen werden, wenn der Projektmanager dies anordnet. Zeichnungen, Unterlagen, Probestücke oder Modelle des Auftragnehmers, die vom Projektmanager nicht genehmigt werden, werden so geändert, dass sie den Anforderungen des Projektmanagers entsprechen, und vom Auftragnehmer erneut zur Genehmigung vorgelegt. Der Auftragnehmer nimmt innerhalb von 15 Tagen nach der Übermittlung der Anmerkungen des Projektmanagers die erforderlichen Korrekturen, Anpassungen usw. der Unterlagen, Zeichnungen usw. vor. Die korrigierten oder angepassten Unterlagen, Zeichnungen usw. werden dem Projektmanager nach demselben Verfahren erneut zur Genehmigung vorgelegt.

- 14.4 Der Auftragnehmer stellt weitere Exemplare der genehmigten Zeichnungen in der im Vertrag oder in später erlassenen Verwaltungsanweisungen genannten Form und Zahl bereit.
- 14.5 Die Genehmigung der Zeichnungen, Unterlagen, Probestücke oder Modelle durch den Projektmanager entbindet den Auftragnehmer von keiner seiner vertraglichen Verpflichtungen.
- 14.6 Der Projektmanager ist berechtigt, zu jedem angemessenen Zeitpunkt in den Räumlichkeiten des Auftragnehmers Einsicht in sämtliche Zeichnungen, Unterlagen, Probestücke oder Modelle im Zusammenhang mit dem Vertrag zu nehmen.
- 14.7 Vor der vorläufigen Abnahme der Lieferungen stellt der Auftragnehmer Betriebs- und Wartungsanleitungen mit Zeichnungen bereit, die so ausführlich sind, dass sie den öffentlichen Auftraggeber in die Lage versetzen, alle Teile der Lieferungen zu betreiben, zu warten, einzustellen und instand zu setzen. Falls in den Besonderen Bedingungen nichts anderes vereinbart ist, sind die Anleitungen und Zeichnungen in der Sprache des Vertrags abgefasst und werden in der im Vertrag genannten Form und Anzahl angefertigt. Die Lieferungen gelten im Sinne der vorläufigen Abnahme nicht als abgeschlossen, solange diese Anleitungen und Zeichnungen dem öffentlichen Auftraggeber nicht ausgehändigt worden sind.

Artikel 15 - Angemessenheit der Angebotspreise

- 15.1 Vorbehaltlich zusätzlicher Regelungen in den Besonderen Bedingungen wird davon ausgegangen, dass sich der Auftragnehmer vor der Angebotsabgabe vergewissert hat, dass sein Angebot einwandfrei und angemessen ist und dass er alle im Sinne einer vollständigen und ordnungsgemäßen Aufgabendurchführung zu erbringenden Leistungen berücksichtigt und in seine Vergütungssätze und Preise alle mit den Lieferungen verbundenen Kosten mit einbezogen hat, und zwar insbesondere die Kosten
- a) für den Transport;
 - b) für Umschlag, Verpackung, Verladung, Entladung, Durchfuhr, Zustellung, Auspacken und Überprüfung, Versicherung und sonstige Verwaltungskosten im Zusammenhang mit den Lieferungen. Das Verpackungsmaterial ist Eigentum des öffentlichen Auftraggebers, sofern in den Besonderen Bedingungen nichts anderes festgelegt ist;
 - c) der die Lieferungen betreffenden Dokumente, soweit diese vom öffentlichen Auftraggeber verlangt werden;
 - d) der Durchführung und Überwachung von an Ort und Stelle auszuführenden Montagearbeiten und/oder der Inbetriebnahme der zugestellten Lieferungen;
 - e) für die Lieferung von Werkzeugen, die für die Montage und/oder die Wartung der zugestellten Lieferungen benötigt werden;
 - f) ausführlicher Betriebs- und Wartungsanleitungen für alle Einheiten der zugestellten Lieferungen nach Maßgabe des Auftrags;
 - g) der Überwachung oder Wartung und/oder Reparatur der Lieferungen für einen im Vertrag festgesetzten Zeitraum, wobei diese Leistung den Auftragnehmer von keiner der Gewährleistungspflichten aufgrund des Vertrages entbindet;
 - h) der Ausbildung von Mitarbeitern des öffentlichen Auftraggebers im Betrieb des Auftragnehmers und/oder an einem anderen vertraglich vereinbarten Ort.

- 15.2 Es wird vorausgesetzt, dass der Auftragnehmer seine Preise aufgrund eigener Berechnungen, Ansätze und Schätzungen festgesetzt hat; er führt daher Leistungen, die unter einem Posten anfallen, für den er in seinem Angebot weder einen Einheitspreis noch einen Pauschalpreis angegeben hat, ohne zusätzliches Entgelt aus.

Artikel 16 - Steuer- und Zollregelung

- 16.1 Sofern in den Besonderen Bedingungen nichts anders vorgesehen ist, werden die Waren DDP (Delivered Duty Paid, geliefert verzollt) – Incoterms 2010, Internationale Handelskammer, geliefert.

Artikel 17 - Patente und Lizenzen

- 17.1 Soweit in den Besonderen Bedingungen nichts anderes vorgesehen ist, entschädigt der Auftragnehmer in dem Fall, dass Dritte, einschließlich Urheber und Rechteinhaber, im Zusammenhang mit der im Vertrag angegebenen Nutzung von Patenten, Lizenzen, Zeichnungen, Entwürfen, Mustern, Fabrik- oder Warenzeichen durch den öffentlichen Auftraggeber Ansprüche aus einer angeblichen oder tatsächlichen Verletzung von Urheberrechten, gewerblichen oder sonstigen Schutzrechten geltend machen, diese für sämtliche entstandenen Schäden und Kosten und stellt den öffentlichen Auftraggeber von etwaigen Ansprüchen frei, es sei denn, die Verletzung der Rechte ergibt sich aus der Einhaltung der vom öffentlichen Auftraggeber vorgegebenen Planung oder Spezifikation.

DURCHFÜHRUNG DER AUFGABEN UND VERZUG

Artikel 18 - Anordnung des Beginns

- 18.1 Der öffentliche Auftraggeber setzt den Zeitpunkt des Beginns der Durchführung der Aufgaben fest und unterrichtet den Auftragnehmer darüber entweder mit der Mitteilung über die Zuschlagserteilung oder durch eine Verwaltungsanweisung.
- 18.2 Sofern von den Parteien nichts anderes vereinbart wurde, beginnt die Durchführung der Aufgaben spätestens 90 Tage nach dem Zeitpunkt der Mitteilung über die Zuschlagserteilung. Nach dieser Frist ist der Auftragnehmer berechtigt, den Auftrag nicht auszuführen sowie dessen Kündigung und eine Entschädigung für den erlittenen Schaden zu verlangen, sofern der Verzug nicht auf ein Versäumnis des Auftragnehmers zurückgeht. Der Auftragnehmer verwirkt dieses Recht, wenn er es nicht innerhalb von 30 Tagen nach Ablauf der Frist von 90 Tagen geltend macht.

Artikel 19 - Zeitraum der Aufgabendurchführung

- 19.1 Der Zeitraum der Aufgabendurchführung beginnt zu dem nach Artikel 18 festgesetzten Zeitpunkt und gilt wie in den Besonderen Bedingungen festgelegt, unbeschadet der Fristverlängerungen, die aufgrund von Artikel 20 gewährt werden können.
- 19.2 Sind für gesonderte Lose auch gesonderte Zeiträume für die Aufgabendurchführung vorgesehen – in Fällen, in denen einem Auftragnehmer mehrere Lose je Auftrag zugeteilt werden –, so dürfen diese Fristen nicht addiert werden.

Artikel 20 - Verlängerung des Zeitraums der Aufgabendurchführung

- 20.1 Der Auftragnehmer kann eine Verlängerung des Durchführungszeitraums beantragen, wenn sich die Vertragserfüllung aus einem der folgenden Gründe verzögert oder verzögern wird:
- a) außergewöhnliche Witterungsverhältnisse im Land des öffentlichen Auftraggebers, die den Einbau oder die Aufstellung der Lieferungen beeinträchtigen;
 - b) von einem fachkundigen Auftragnehmer nicht voraussehbare künstliche Hindernisse

oder materielle Bedingungen, die die Zustellung der Lieferungen beeinträchtigen können;

- c) Verwaltungsanweisungen, die den Zeitpunkt der Vertragserfüllung beeinflussen, sofern sie nicht auf ein Versäumnis des Auftragnehmers zurückgehen;
- d) Nichterfüllen der vertraglichen Verpflichtungen durch den öffentlichen Auftraggeber;
- e) Unterbrechungen der Zustellung und/oder des Einbaus der Lieferungen aus Gründen, die nicht auf ein Versäumnis des Auftragnehmers zurückgehen;
- f) höhere Gewalt;
- g) Bestellung besonderer oder zusätzlicher Lieferungen durch den öffentlichen Auftraggeber;
- h) sonstige Ursachen im Sinne dieser Allgemeinen Bedingungen, die nicht auf ein Versäumnis des Auftragnehmers zurückgehen.

20.2 Binnen 15 Tagen, nachdem der Auftragnehmer festgestellt hat, dass eine Verzögerung eintreten könnte, teilt er dem Projektmanager seine Absicht mit, eine Verlängerung des Zeitraums der Aufgabendurchführung zu beantragen, auf die er seiner Auffassung nach Anspruch erheben kann. Binnen 30 Tagen nach der Mitteilung beantragt der Auftragnehmer beim Projektmanager die Verlängerung des Zeitraums der Aufgabendurchführung und nennt umfassende Einzelheiten, damit der Antrag geprüft werden kann, es sei denn, er hat mit dem Projektmanager etwas anderes vereinbart.

20.3 Binnen 30 Tagen nach Eingang des Antrags des Auftragnehmers und der umfassenden Einzelheiten dazu gewährt der öffentliche Auftraggeber in schriftlicher Form die entsprechende Verlängerung des Durchführungszeitraums entweder im Voraus oder rückwirkend, oder aber sie teilt dem Auftragnehmer mit, dass er keinen Anspruch auf Verlängerung hat.

Artikel 21 - Verzögerungen bei der Durchführung der Aufgaben

21.1 Versäumt es der Auftragnehmer, innerhalb des vertraglich festgelegten Zeitraums für die Aufgabendurchführung die Waren ganz oder zum Teil zu liefern oder die Dienstleistungen zu erbringen, so hat der öffentliche Auftraggeber ohne förmliche Anmahnung und unbeschadet seiner übrigen Rechtsmittel im Rahmen des Vertrags für jeden Tag oder Teil desselben, der zwischen dem vertraglich festgelegten Ende des Zeitraums oder des gemäß Artikel 20 verlängerten Zeitraums der Aufgabendurchführung und der tatsächlichen Beendigung der Aufgabendurchführung verstreicht, Anspruch auf eine Vertragsstrafe. Die Vertragsstrafe beträgt 5/1000 des Werts der nicht bereitgestellten Lieferungen bis zu einem Höchstbetrag von 15 % des Auftragsgesamtwerts.

21.2 Verhindert die Nichtbereitstellung der Waren die normale Verwendung der Lieferungen als Ganzes, wird die in Artikel 21 Absatz 1 vorgesehene Vertragsstrafe auf Grundlage des Auftragsgesamtwerts berechnet.

21.3 Hat der öffentliche Auftraggeber Anspruch auf mindestens 15 % des Auftragswerts, so kann er nach schriftlicher Unterrichtung des Auftragnehmers

- die Erfüllungsgarantie einziehen,
- den Vertrag kündigen und/oder
- auf Rechnung des Auftragnehmers einen Dritten mit der Bereitstellung der restlichen Lieferungen beauftragen.

Artikel 22 - Änderungen

- 22.1 Änderungen des Vertrags werden mittels eines von beiden Parteien unterzeichneten Zusatzvertrags oder einer vom Projektmanager erteilten Verwaltungsanweisung formalisiert. Beträchtliche Änderungen des Vertrags, einschließlich Änderungen des Gesamtauftragswerts, müssen mittels eines Zusatzvertrags erfolgen. In Bezug auf Vertragsänderungen müssen die allgemeinen Bestimmungen im Handbuch für Vergabeverfahren im Rahmen von EU-Außenmaßnahmen beachtet werden.
- 22.2 Vorbehaltlich der im Handbuch für Vergabeverfahren im Rahmen von EU-Außenmaßnahmen gesetzten Grenzen für die jeweiligen Schwellenwerte der Verfahren behält sich der öffentliche Auftraggeber das Recht vor, die Mengen gemäß den Angaben in den Besonderen Bedingungen durch eine Verwaltungsanweisung zu ändern. Der Gesamtwert der Lieferungen darf infolge der Mengenänderung nicht um mehr als 25 % des Angebotspreises steigen oder sinken. Die im Angebot angegebenen Einheitspreise gelten für die im Rahmen der Mengenänderung bezogenen Mengen.
- 22.3 Der Projektmanager ist befugt, für jeden Teil der Lieferungen alle Änderungen anzuordnen, die für die ordnungsgemäße Ausführung und/oder das ordnungsgemäße Funktionieren der Lieferungen notwendig sind. Solche Änderungen mittels Verwaltungsanweisung können Hinzufügungen, Auslassungen, Ersetzungen, Änderungen in Bezug auf die Qualität, die Menge, die Form, den Charakter, die Art, sowie in Bezug auf Zeichnungen, Entwürfe oder Spezifikationen, wenn die Lieferungen speziell für den öffentlichen Auftraggeber hergestellt werden sollen, ferner Änderungen der Versand- oder Verpackungsart und des Ortes der Zustellung sowie Änderungen der Arbeitsfolge, der Arbeitsweise oder des Zeitplans für die Durchführung der Aufgaben beinhalten. Der Vertrag wird durch Verwaltungsanweisungen in keiner Weise ungültig, doch sind gegebenenfalls die finanziellen Auswirkungen solcher Änderungen nach Maßgabe von Artikel 22 Absatz 7 zu bewerten.
- 22.4 Alle Verwaltungsanweisungen werden schriftlich mit folgender Maßgabe erteilt:
- a) Sollte der Projektmanager es aus irgendeinem Grund für nötig erachten, eine Anordnung mündlich zu erteilen, so bestätigt er die Anordnung so bald wie möglich durch eine Verwaltungsanweisung;
 - b) bestätigt der Auftragnehmer schriftlich eine nach Buchstabe a mündlich erteilte Anordnung und erhebt der Projektmanager nicht unverzüglich schriftlich Widerspruch dagegen, so gilt die Änderung als durch eine Verwaltungsanweisung des Projektmanagers gedeckt;
 - c) für eine Anhebung oder Verringerung einer Liefermenge ist keine Verwaltungsanweisung erforderlich, wenn diese Anhebung oder Verringerung darauf zurückzuführen ist, dass die Schätzungen in der Aufschlüsselung des Budgets zu niedrig oder zu hoch waren.
- 22.5 Sofern Artikel 22 Absatz 4 nichts anderes vorsieht, teilt der Projektmanager dem Auftragnehmer vor dem Erlass einer Verwaltungsanweisung mit, worin diese Änderung besteht. Der Auftragnehmer legt dem Projektmanager dann unverzüglich schriftlich einen Vorschlag vor, der Folgendes enthält:
- eine Beschreibung der gegebenenfalls durchzuführenden Aufgaben oder der zu ergreifenden Maßnahmen sowie ein Programm für die Durchführung der Aufgaben;
 - alle erforderlichen Änderungen des Programms für die Durchführung der Aufgaben oder einer der vertraglichen Verpflichtungen des Auftragnehmers; und
 - jede Anpassung des vertraglich vereinbarten Preises entsprechend den in Artikel 22 aufgeführten Vorschriften.

- 22.6 Nach Erhalt des Vorschlags des Auftragnehmers gemäß Artikel 22 Absatz 5 entscheidet der Projektmanager nach angemessener Konsultation des öffentlichen Auftraggebers und gegebenenfalls des Auftragnehmers unverzüglich, ob die Änderung ausgeführt wird oder nicht. Akzeptiert der Projektmanager die Änderung, so erteilt er dem Auftragnehmer in Form einer Verwaltungsanweisung den Auftrag, die Änderung zu den Preisen und unter den Bedingungen auszuführen, wie sie im Vorschlag des Auftragnehmers gemäß Artikel 22 Absatz 5 angegeben sind oder wie sie vom Projektmanager gemäß Artikel 22 Absatz 7 geändert wurden.
- 22.7 Die Preise für alle vom Projektmanager nach Artikel 22 Absätze 4 und 6 angeordneten Änderungen werden vom Projektmanager nach folgenden Grundsätzen ermittelt:
- Ist die Aufgabe ähnlicher Art wie ein Posten, für den in der Aufschlüsselung des Budgets ein Preis vorgesehen ist, und wird sie unter ähnlichen Bedingungen durchgeführt, so wird sie nach den darin enthaltenen Vergütungssätzen und Preisen veranschlagt;
 - ist die Aufgabe nicht ähnlich geartet oder wird sie nicht unter ähnlichen Bedingungen durchgeführt, so werden die im Vertrag enthaltenen Vergütungssätze und Preise als Berechnungsgrundlage herangezogen, soweit dies angemessen erscheint; anderenfalls nimmt der Projektmanager eine angemessene Veranschlagung vor;
 - bewirkt die Art oder der Umfang einer Änderung, welche die Art oder den Umfang des Auftrags als Ganzes oder eines Teils davon betrifft, nach Auffassung des Projektmanagers, dass ein im Vertrag enthaltener Vergütungssatz oder Preis für einen Posten der Lieferung aufgrund der Änderung nicht mehr angemessen ist, so legt der Projektmanager einen Vergütungssatz oder einen Preis fest, der ihm den jeweiligen Umständen entsprechend angemessen und korrekt erscheint;
 - müssen wegen eines Versäumnisses oder eines Vertragsbruchs des Auftragnehmers Änderungen vorgenommen werden, so sind sämtliche zusätzlichen Kosten, die auf solche Änderungen zurückzuführen sind, vom Auftragnehmer zu tragen.
- 22.8 Nach Erhalt der Verwaltungsanweisung führt der Auftragnehmer die verlangten Änderungen durch, wobei Folgendes gilt:
- a) Der Auftragnehmer ist durch die vorliegenden Allgemeinen Bedingungen in der Weise daran gebunden, als sei die in der Verwaltungsanweisung verlangte Änderung im Vertrag festgehalten.
 - b) Auch wenn die Gewährung einer Verlängerung des Durchführungszeitraums oder eine Anpassung des vertraglich vereinbarten Preises noch aussteht, darf der Auftragnehmer die Ausführung der Verwaltungsanweisung nicht verzögern.
 - c) Ergeht die Verwaltungsanweisung vor der Anpassung des vertraglich vereinbarten Preises, führt der Auftragnehmer Buch über die durch die Änderung entstehenden Kosten und die zu ihrer Durchführung benötigte Zeit. Der Projektmanager kann zu jedem angemessenen Zeitpunkt Einsicht in diese Aufzeichnungen nehmen.
- 22.9 Der Auftragnehmer teilt dem öffentlichen Auftraggeber schriftlich jede Änderung der Bankverbindung mit. Der Auftragnehmer muss das Formular in Anhang V verwenden, um eine Änderung seiner Bankverbindung mitzuteilen. Der öffentliche Auftraggeber ist berechtigt, die vom Auftragnehmer gewählte neue Bankverbindung abzulehnen.

Artikel 23 - Aussetzung

- 23.1 Der Auftragnehmer setzt auf Anordnung des öffentlichen Auftraggebers die Ausführung des Vertrags oder von Teilen davon so lange, so oft und in der Art und Weise aus, wie es der öffentliche Auftraggeber für erforderlich hält. Die Aussetzung wird an dem Tag, an dem diese Anordnung beim Auftragnehmer eingeht, oder zu einem späteren Zeitpunkt wirksam, wenn dies in der Anordnung so vorgesehen ist.
- 23.2 Vertragsaussetzung im Falle von mutmaßlichen schwerwiegenden Fehlern oder von Unregelmäßigkeit oder Betrug:
- Der Vertrag kann ausgesetzt werden, um nachzuprüfen, ob mutmaßliche schwerwiegende Fehler, Unregelmäßigkeiten oder Betrug tatsächlich während des Vergabeverfahrens oder bei der Vertragserfüllung begangen wurden. Wird dies nicht bestätigt, kann die Vertragserfüllung so bald wie möglich wiederaufgenommen werden.
- 23.3 Während der Aussetzung schützt und sichert der Auftragnehmer die betroffenen, in seinem Lager oder an anderer Stelle untergebrachten Lieferungen soweit möglich und gemäß den Weisungen des Projektmanagers vor Wertminderung, Verlust oder Beschädigung sogar in den Fällen, in denen die Lieferungen vertragsgemäß an den Ort der Abnahme verbracht wurden, ihr Einbau aber vom Projektmanager ausgesetzt wurde.
- 23.4 Zusätzliche Kosten im Zusammenhang mit solchen Schutzvorkehrungen sind dem vertraglich vereinbarten Preis hinzuzufügen, es sei denn,
- a) sie sind an anderer Stelle im Vertrag vorgesehen oder
 - b) die Aussetzung ist wegen eines Verstoßes oder Versäumnisses des Auftragnehmers erforderlich oder
 - c) die Aussetzung ist aufgrund normaler klimatischer Bedingungen am Ort der Abnahme erforderlich oder
 - d) die Aussetzung ist für die Sicherheit oder die ordnungsgemäße Ausführung des Vertrags oder einzelner Teile davon erforderlich, soweit sich diese Notwendigkeit nicht aus einer Handlung oder einem Versäumnis des Projektmanagers oder des öffentlichen Auftraggebers ergibt,
 - e) die in Artikel 23 Absatz 2 genannten mutmaßlichen schwerwiegenden Fehler, Unregelmäßigkeiten oder der Betrug wurden bestätigt und sind dem Auftragnehmer anzulasten.
- 23.5 Der Auftragnehmer darf Aufschläge zum vertraglich vereinbarten Preis nur dann vornehmen, wenn er den Projektmanager innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt der Anordnung, die Ausführung eines Teils des Vertrags auszusetzen, von seiner Absicht unterrichtet, eine solche Forderung zu stellen.
- 23.6 Nach Konsultation des Auftragnehmers bestimmt der öffentliche Auftraggeber die ihm recht und billig erscheinende zusätzliche Zahlung und/oder Verlängerung des Durchführungszeitraums, die dem Auftragnehmer aufgrund einer solchen Forderung einzuräumen ist.
- 23.7 Der öffentliche Auftraggeber fordert den Auftragnehmer so bald wie möglich auf, die ausgesetzte Vertragserfüllung wieder aufzunehmen, oder teilt ihm die Kündigung des Vertrags mit. Dauert die Aussetzung länger als 180 Tage und ist sie nicht auf einen Vertragsbruch oder ein Versäumnis des Auftragnehmers zurückzuführen, so kann der Auftragnehmer durch Mitteilung an den öffentlichen Auftraggeber entweder um die Erlaubnis ersuchen, die Vertragserfüllung innerhalb von 30 Tagen wieder aufzunehmen, oder den Vertrag kündigen.

MATERIAL UND AUSFÜHRUNG

Artikel 24 - Qualität der Lieferungen

- 24.1 Die Lieferungen müssen in jeder Hinsicht den im Vertrag angegebenen technischen Spezifikationen entsprechen und in jeder Hinsicht mit den im Rahmen des Vertrags vorgegebenen Zeichnungen, Voranschlägen, Mustern, Proben, Schablonen und sonstigen vertraglichen Auflagen übereinstimmen, die dem öffentlichen Auftraggeber oder dem Projektmanager während der gesamten Ausführungsfrist zur Überprüfung zur Verfügung stehen.
- 24.2 Der Auftragnehmer beantragt eine in den Besonderen Bedingungen vorgesehene vorherige technische Abnahme beim Projektmanager. Im Antrag werden jeweils die Vertragsnummer, die Spezifikation des im Rahmen des Vertrags zu einer solchen Abnahme vorgelegten Materials bzw. der Gegenstände und Proben sowie, sofern zutreffend, die Nummer des Loses und der Ort der Abnahme angegeben. Der Projektmanager muss bescheinigt haben, dass das im Antrag genannte Material bzw. die im Antrag angeführten Gegenstände und Proben die Anforderungen für eine solche Abnahme erfüllen, bevor sie in die Lieferung einbezogen werden können.
- 24.3 Selbst nach erfolgter technischer Abnahme des Materials und der Gegenstände, die in die Lieferungen einbezogen oder für die Herstellung zu liefernder Einzelteile verwendet werden sollen, können diese zurückgewiesen werden und müssen dann vom Auftragnehmer sofort ersetzt werden, wenn sich bei einer erneuten Prüfung Mängel oder Fehler herausstellen. Dem Auftragnehmer kann Gelegenheit gegeben werden, zurückgewiesenes Material und zurückgewiesene Gegenstände zu reparieren und in ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen, doch dürfen dieses Material und diese Gegenstände nur dann in die Lieferungen einbezogen werden, wenn sich der Projektmanager zu seiner Zufriedenheit von der Reparatur und dem ordnungsgemäßen Zustand vergewissert hat.

Artikel 25 - Kontrolle und Tests

- 25.1 Der Auftragnehmer trägt dafür Sorge, dass die Lieferungen so rechtzeitig am Ort der Abnahme bereitgestellt werden, dass der Projektmanager die Abnahme der Lieferungen vornehmen kann. Es wird vorausgesetzt, dass der Auftragnehmer sich über möglicherweise auftretende Schwierigkeiten unterrichtet hat; er kann daher keine Rechtfertigung für eine Verzögerung bei der Erfüllung seiner Verpflichtungen geltend machen.
- 25.2 Der Projektmanager ist berechtigt, die Einzelteile, das Material sowie die Ausführung zu kontrollieren, zu untersuchen, zu messen und zu testen und den Fortgang der Anfertigung, Errichtung oder Herstellung sämtlicher Gegenstände zu überprüfen, die zur Auslieferung im Rahmen des Auftrags angefertigt, errichtet oder hergestellt werden, um festzustellen, ob die Einzelteile, das Material und die Ausführung der vorgeschriebenen Qualität und Menge entsprechen. Dies erfolgt am Ort der Herstellung, Errichtung oder Anfertigung oder am Ort der Abnahme oder an den anderen in den Besonderen Bedingungen festgelegten Orten.
- 25.3 Zur Vornahme von Tests und Kontrollen verpflichtet sich der Auftragnehmer,
- a) dem Projektmanager vorübergehend und unentgeltlich die Unterstützung zu gewähren und die Proben oder die Teile sowie Maschinen, Ausrüstungsgegenstände, Werkzeuge, Arbeitskräfte, Materialien, Zeichnungen und Herstellungsdaten zur Verfügung zu stellen, die für Kontrollen und Tests üblicherweise erforderlich sind;
 - b) mit dem Projektmanager Zeitpunkt und Ort der Tests zu vereinbaren;
 - c) dem Projektmanager zu jedem angemessenen Zeitpunkt Zugang zum Ort der Tests zu gewähren.

- 25.4 Ist der Projektmanager zum vereinbarten Prüfungszeitpunkt nicht anwesend, kann der Auftragnehmer – falls der Projektmanager keine anderen Weisungen erteilt hat – die Tests durchführen; diese werden als im Beisein des Projektmanagers durchgeführt angesehen. Der Auftragnehmer übermittelt dem Projektmanager unverzüglich ordnungsgemäß beglaubigte Abschriften der Testergebnisse, an die der Projektmanager im Falle seiner Abwesenheit bei den Prüfungen gebunden ist.
- 25.5 Haben die Einzelteile und das Material die oben genannten Tests bestanden, so teilt der Projektmanager dem Auftragnehmer dies mit oder zeichnet die Bescheinigung des Auftragnehmers gegen.
- 25.6 Kommen der Projektmanager und der Auftragnehmer zu unterschiedlichen Testergebnissen, so gibt jede Seite der anderen innerhalb von 15 Tagen nach Bekanntwerden der Uneinigkeit ihre Stellungnahme dazu ab. Der Projektmanager oder der Auftragnehmer kann verlangen, dass diese Tests unter denselben Bedingungen wiederholt werden oder dass sie – auf Ersuchen einer der beiden Seiten – von einem gemeinsam auszuwählenden Sachverständigen durchgeführt werden. Alle Testberichte werden dem Projektmanager unterbreitet, der die Ergebnisse unverzüglich dem Auftragnehmer mitteilt. Die Ergebnisse der Gegenprüfung sind endgültig. Die Kosten für die Gegenprüfung sind von der Seite zu tragen, deren Ansicht durch diese Gegenprüfung widerlegt wurde.
- 25.7 Der Projektmanager und alle von ihm ermächtigten Personen dürfen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben die von ihnen bei der Kontrolle und den Tests erlangten Informationen über die Herstellungsverfahren und den Betrieb des Unternehmens nicht an Personen weitergeben, die nicht berechtigt sind, davon Kenntnis zu erhalten.

ZAHLUNGEN

Artikel 26 - Allgemeine Grundsätze

- 26.1 Die Zahlungen erfolgen gemäß den Besonderen Bedingungen in Euro oder in Landeswährung. Die verwaltungsmäßigen oder technischen Bedingungen, unter denen die Vorfinanzierungs- und die Abschlusszahlungen gemäß den Allgemeinen Bedingungen geleistet werden, sind in den Besonderen Bedingungen festgelegt.
- 26.2 Vom öffentlichen Auftraggeber zu leistende Zahlungen werden auf das Bankkonto getätigt, das auf dem vom Auftragnehmer ausgefüllten Formular „Finanzangaben“ genannt wurde. Dieses Formular muss auch der Rechnung beigelegt werden, um eine Änderung der Bankverbindung mitzuteilen.
- 26.3 Die Vorfinanzierungszahlung wird innerhalb von 30 Tagen nach dem Zeitpunkt der Registrierung einer zulässigen Rechnung durch den öffentlichen Auftraggeber geleistet. Die Rechnung ist nicht zulässig, wenn eine oder mehrere wesentliche Voraussetzungen nicht erfüllt werden. Die Abschlusszahlung wird innerhalb von 60 Tagen geleistet, nachdem die Rechnung zusammen mit dem Antrag auf vorläufige Abnahme gemäß Artikel 13 Absatz 2 beim öffentlichen Auftraggeber registriert wurde. Als Zahlungsdatum gilt das Datum, an dem das Zahlungskonto belastet wird.
- 26.4 Die in Artikel 26 Absatz 3 genannte Frist kann ausgesetzt werden, indem dem Auftragnehmer mitgeteilt wird, dass die Rechnung nicht honoriert werden kann, da der Betrag nicht fällig ist, da geeignete, als Nachweis dienende Unterlagen nicht vorgelegt wurden oder da Beweismittel dafür vorliegen, dass die Ausgaben unter Umständen nicht für eine Zahlung in Betracht kommen. In letzterem Fall können vor Ort weitere Kontrollen durchgeführt werden. Nach Aufforderung muss der Auftragnehmer innerhalb von 30 Tagen Klarstellungen, Änderungen bzw. weitere Informationen vorlegen. Die Zahlungsfrist läuft ab dem Datum weiter, an dem eine ordnungsgemäß erstellte Rechnung registriert wird.

26.5 Die Zahlungen werden wie folgt geleistet:

- a) 40 % des vertraglich vereinbarten Preises nach Unterzeichnung des Vertrags, gegen Stellung der Erfüllungsgarantie und einer Sicherheitsleistung für die Vorfinanzierung für den vollen Betrag der Vorfinanzierungszahlung, sofern in den Besonderen Bedingungen nichts anderes festgelegt ist. Die Erfüllungsgarantie wird dem öffentlichen Auftraggeber nach dem für die Erfüllungsgarantie vorgesehenen Verfahren im Einklang mit Artikel 11 beigebracht und ist entsprechend dem Muster, das dem Vertrag beigelegt ist, zu gestalten. Die Sicherheitsleistung für die Vorfinanzierung muss gültig bleiben, bis sie spätestens 45 Tage nach der vorläufigen Abnahme der Waren freigegeben wird. Handelt es sich bei dem Auftragnehmer um eine öffentliche Einrichtung, kann in Abhängigkeit von einer durchgeführten Risikobewertung auf die Verpflichtung zu einer Sicherheitsleistung für die Vorfinanzierung verzichtet werden;
- b) 60 % des vertraglich vereinbarten Preises als Zahlung des Restbetrags nach Eingang einer Rechnung und des Antrags auf die Bescheinigung über die vorläufige Abnahme beim öffentlichen Auftraggeber.

26.6 Wenn nur ein Teil der Lieferungen bereitgestellt wurde, wird die nach der vorläufigen Teilabnahme fällige Zahlung von 60 % anhand des Wertes derjenigen Lieferungen berechnet, die tatsächlich abgenommen wurden, und die Sicherheit wird entsprechend freigegeben.

26.7 Für Lieferungen, für die keine Gewährleistungsfrist gilt, werden die oben aufgeführten Zahlungen zusammengefasst. Die Bedingungen, unter denen die Vorfinanzierungszahlung sowie die Zwischen- und/oder Abschlusszahlungen gewährt werden, sind in den Besonderen Bedingungen enthalten.

26.8 Die Zahlungsverpflichtungen der Europäischen Kommission im Rahmen dieses Vertrags enden spätestens 18 Monate nach Ablauf des Zeitraums der Aufgabendurchführung, sofern der Vertrag nicht gemäß den vorliegenden Allgemeinen Bedingungen gekündigt wird.

26.9 Sofern in den Besonderen Bedingungen nichts anderes vorgesehen ist, gelten die Preise für den Auftrag als unveränderliche Festpreise.

26.10 Der Auftragnehmer hat alle über den fälligen Auftragsendwert hinausgehenden gezahlten Beträge an den öffentlichen Auftraggeber zurückzuzahlen, und zwar vor der in der Lastschriftanzeige genannten Frist, d. h. innerhalb von 45 Tagen ab Ausstellung der Anzeige. Sollte der Auftragnehmer die Rückzahlung nicht innerhalb der vorstehend genannten Frist leisten, kann der öffentliche Auftraggeber (sofern es sich bei dem Auftragnehmer nicht um eine Regierungsbehörde oder eine öffentliche Einrichtung eines Mitgliedstaats der Europäischen Union handelt) Zinsen auf diese Beträge aufschlagen, und zwar,

- falls die Zahlungen in der Währung des Landes des öffentlichen Auftraggebers erfolgen, zu dem Rediskontsatz der Zentralbank dieses Landes,
- für Zahlungen in Euro zu dem von der Europäischen Zentralbank für ihre Hauptrefinanzierungsgeschäfte zugrunde gelegten und in der Reihe C des Amtsblatts der Europäischen Union veröffentlichten Zinssatz,

der am ersten Tag des Monats gilt, in dem die Frist abgelaufen ist, zuzüglich acht Prozentpunkten. Die Verzugszinsen fallen für die Zeit zwischen der Zahlungsfrist und dem Datum, an dem die Zahlung tatsächlich erfolgt, an. Etwaige Teilzahlungen decken zunächst die auf diese Weise anfallenden Zinsen.

An den öffentlichen Auftraggeber zurückzuzahlende Beträge können mit Beträgen jeglicher Art verrechnet werden, die an den Auftragnehmer zu zahlen sind. Hiervon unberührt bleibt das Recht der Parteien, eine Zurückzahlung in Form von Teilbeträgen zu vereinbaren. Bankgebühren, die aus der Rückzahlung von Beträgen entstehen, die dem

öffentlichen Auftraggeber zustehen, werden vollständig vom Auftragnehmer getragen.

- 26.11 Unbeschadet der Befugnis des öffentlichen Auftraggebers kann die Europäische Union erforderlichenfalls als Geber die Beträge mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln einziehen. Wird der Vertrag aus irgendeinem Grund gekündigt, so kann die Sicherheitsleistung für die Vorfinanzierung sofort zum Ausgleich des vom Auftragnehmer noch geschuldeten Restbetrags der Vorfinanzierung in Anspruch genommen werden, wobei der Garantiegeber die Zahlung aus keinem Grund verzögern und keine Einwände dagegen erheben darf.
- 26.12 Vor oder anstelle der Kündigung des Vertrags nach Artikel 36 kann der öffentliche Auftraggeber als Vorsichtsmaßnahme die Zahlungen ohne Ankündigung aussetzen.
- 26.13 Stellt sich heraus, dass das Vergabeverfahren oder die Vertragserfüllung mit schwerwiegenden Fehlern oder Unregelmäßigkeiten behaftet ist oder dass Betrug vorliegt und dies auf den Auftragnehmer zurückzuführen ist, so kann der öffentliche Auftraggeber je nach dem Schweregrad der Fehler, der Unregelmäßigkeiten oder des Betrugs zusätzlich zu der Möglichkeit, die Vertragserfüllung gemäß Artikel 23 Absatz 2 auszusetzen und den Vertrag gemäß Artikel 36 zu kündigen, beschließen, keine Zahlungen zu leisten bzw. sich bereits geleistete Zahlungen erstatten zu lassen.

Artikel 27 - Zahlung an Dritte

- 27.1 Anordnungen für Zahlungen an Dritte können nur aufgrund einer Übertragung nach Artikel 5 ausgeführt werden. Die Übertragung ist dem öffentlichen Auftraggeber anzuzeigen.
- 27.2 Für die Benachrichtigung der Begünstigten einer Übertragung ist ausschließlich der Auftragnehmer zuständig.
- 27.3 Bei einer rechtsverbindlichen Beschlagnahmung des Vermögens des Auftragnehmers, die sich auf an ihn fällige Zahlungen im Rahmen des Vertrags auswirkt, hat der öffentliche Auftraggeber unbeschadet der in Artikel 26 festgelegten zeitlichen Beschränkung ab dem Datum, an dem er die Benachrichtigung über die endgültige Beseitigung des Zahlungshindernisses erhält, eine Frist von 30 Tagen, um die Zahlungen an den Auftragnehmer wieder aufzunehmen.

Artikel 28 - Zahlungsverzug

- 28.1 Der öffentliche Auftraggeber zahlt dem Auftragnehmer fällige Beträge in Einklang mit Artikel 26 Absatz 3.
- 28.2 Nach Ablauf der in Artikel 26 Absatz 3 genannten Frist kann der Auftragnehmer innerhalb von zwei Monaten nach Erhalt der verspäteten Zahlung Anspruch geltend machen auf Verzugszinsen
- falls die Zahlungen in der Währung des Landes des öffentlichen Auftraggebers erfolgen, zu dem Rediskontsatz des Emissionsinstituts dieses Landes,
 - für Zahlungen in Euro zu dem von der Europäischen Zentralbank für ihre Hauptrefinanzierungsgeschäfte zugrunde gelegten und in der Reihe C des Amtsblatts der Europäischen Union veröffentlichten Zinssatz,

der am ersten Tag des Monats gilt, in dem die Frist abgelaufen ist, zuzüglich acht Prozentpunkten. Die Verzugszinsen werden für den Zeitraum vom Tag nach Ablauf der Zahlungsfrist bis einschließlich des Tages berechnet, an dem das Konto des öffentlichen Auftraggebers belastet wird.

- 28.3 Bei Zahlungsverzug von mehr als 90 Tagen nach dem in Artikel 26 Absatz 3 festgelegten Fälligkeitstermin ist der Auftragnehmer berechtigt, den Auftrag entweder nicht auszuführen oder ihn zu kündigen, wobei er dies dem öffentlichen Auftraggeber und dem Projektmanager 30 Tage im Voraus anzuzeigen hat.

ABNAHME UND WARTUNG

Artikel 29 - Zustellung

- 29.1 Die Lieferungen sind vom Auftragnehmer entsprechend den vertraglich vereinbarten Bedingungen zuzustellen. Der Auftragnehmer trägt das Risiko für die Lieferungen bis zur vorläufigen Abnahme.
- 29.2 Der Auftragnehmer sorgt dafür, dass die Lieferungen so verpackt sind, dass während ihrer Beförderung zu dem im Vertrag angegebenen Bestimmungsort eine Beschädigung oder Wertminderung verhindert wird. Die Verpackung muss so strapazierfähig sein, dass sie während der Beförderung und der offenen Lagerung unter anderem einer groben Behandlung, extremen Temperaturen, Salzeinwirkungen und Niederschlägen ausgesetzt werden kann. Bei Größe und Gewicht der Packstücke ist gegebenenfalls die Abgelegenhait des endgültigen Bestimmungsorts der Lieferungen und der Umstand zu berücksichtigen, dass es an den Verladeorten möglicherweise keine Einrichtungen zum Verladen von Schwergut gibt.
- 29.3 Verpackung und Kennzeichnung sowie die innerhalb und außerhalb der Packstücke befindlichen Dokumente haben den in den Besonderen Bedingungen ausdrücklich erwähnten Anforderungen zu entsprechen und können nur auf spätere Anordnung des Projektmanagers geändert werden.
- 29.4 Die Lieferungen werden erst dann an den Ort der Abnahme versandt und dort zugestellt, wenn der Auftragnehmer vom Projektmanager eine Auslieferungsanweisung erhalten hat. Der Auftragnehmer ist für die Bereitstellung aller nach dem Auftrag erforderlichen Lieferungen und Ausrüstungsgegenstände des Auftragnehmers am Abnahmeort verantwortlich. Versäumt es der Projektmanager, die Bescheinigung über die vorläufige Abnahme auszustellen oder den Antrag des Auftragnehmers innerhalb der Frist von 30 Tagen zurückzuweisen, so gilt die Bescheinigung als am letzten Tag dieser Frist ausgestellt.
- 29.5 Bei jeder Zustellung ist ein vom Auftragnehmer aufgestelltes Verzeichnis mitzuführen. Dieses Verzeichnis ist nach dem in den Besonderen Bedingungen vorgeschriebenen Muster anzufertigen.
- 29.6 Jedes Packstück muss eindeutig gemäß den Bestimmungen der Besonderen Bedingungen gekennzeichnet sein.
- 29.7 Die Zustellung gilt als erfolgt, wenn beiden Seiten schriftliche Belege darüber vorliegen, dass die Lieferungen nach Maßgabe des Auftrags zugestellt und die Rechnung(en) und alle anderen in den Besonderen Bedingungen aufgeführten Dokumente dem öffentlichen Auftraggeber vorgelegt worden sind. Werden die Lieferungen zur Verwahrung in Räumlichkeiten des öffentlichen Auftraggebers zugestellt, so übernimmt dieser für die Zeit zwischen der Zustellung zur Einlagerung und der Abnahme die Haftung als Verwahrer nach den Bestimmungen des für den Vertrag geltenden Rechts.

Artikel 30 - Prüfungen

- 30.1 Die Lieferungen werden erst abgenommen, nachdem auf Kosten des Auftragnehmers die vorgeschriebenen Kontrollen und Tests durchgeführt worden sind. Die Kontrollen und Tests können vor dem Versand, am Zustellungsort und/oder am endgültigen Bestimmungsort der Waren ausgeführt werden.
- 30.2 Der Projektmanager ist während der Zustellung der Lieferungen und vor ihrer Übernahme berechtigt anzuordnen oder zu beschließen, dass
- a) alle Lieferungen, die nach Meinung des Projektmanagers nicht dem Auftrag entsprechen, innerhalb der gegebenenfalls in der Anordnung festgelegten Zeit oder Zeiträume vom Ort der Abnahme zu entfernen sind;
 - b) solche Lieferungen durch korrekte und geeignete Lieferungen zu ersetzen sind;
 - c) eine Einrichtung, die nach Meinung des Projektmanagers im Hinblick auf das Material, die Ausführung oder die Planung, für die der Auftragnehmer zuständig ist, nicht dem Auftrag entspricht, auch wenn sie zuvor getestet oder für sie eine Zwischenzahlung geleistet wurde, zu entfernen und ordnungsgemäß wieder einzubauen ist;
 - d) vom Auftragnehmer durchgeführte Arbeiten oder gelieferte Waren oder vom Auftragnehmer benutztes Material nicht dem Auftrag entsprechen oder die Lieferungen oder ein Teil dieser Lieferungen nicht den vertraglichen Anforderungen entsprechen.
- 30.3 Der Auftragnehmer behebt die festgestellten Mängel unverzüglich und auf eigene Kosten. Kommt der Auftragnehmer einer solchen Anordnung nicht nach, so ist der öffentliche Auftraggeber berechtigt, diese Anordnungen durch andere Personen ausführen zu lassen; der öffentliche Auftraggeber bringt die dabei entstehenden Kosten von Beträgen in Abzug, die dem Auftragnehmer zu zahlen sind oder gegebenenfalls fällig werden.
- 30.4 Lieferungen, die nicht den Qualitätsanforderungen entsprechen, werden zurückgewiesen. Die zurückgewiesenen Lieferungen können besonders gekennzeichnet werden, was sie weder verändern noch ihren Handelswert beeinträchtigen darf. Der Auftragnehmer entfernt zurückgewiesene Lieferungen auf Verlangen des Projektmanagers innerhalb einer von diesem festgelegten Frist vom Ort der Abnahme; wird diese Frist nicht eingehalten, so werden sie von Rechts wegen auf Kosten und Risiko des Auftragnehmers entfernt. Arbeiten, die zurückgewiesenes Material einbeziehen, werden zurückgewiesen.
- 30.5 Die Bestimmungen des Artikels 30 berühren nicht das Recht des öffentlichen Auftraggebers, nach Artikel 21 eine Vertragsstrafe zu verhängen, und entbinden den Auftragnehmer keineswegs von der Gewährleistungspflicht oder anderen vertraglichen Pflichten.

Artikel 31 - Vorläufige Abnahme

- 31.1 Die Lieferungen werden vom öffentlichen Auftraggeber übernommen, wenn sie auftragsgemäß zugestellt worden sind, die erforderlichen Tests zufriedenstellend verlaufen sind, oder ihre Inbetriebnahme, soweit erforderlich, erfolgt ist und eine Bescheinigung über die vorläufige Abnahme ausgestellt worden ist oder als ausgestellt angesehen wird.
- 31.2 Der Auftragnehmer kann die Ausstellung einer Bescheinigung über die vorläufige Abnahme durch den Projektmanager schriftlich beantragen, wenn die Lieferungen für die vorläufige Abnahme bereit sind. Der Projektmanager muss binnen 30 Tagen nach Eingang des Antrags des Auftragnehmers
- entweder dem Auftragnehmer eine Bescheinigung über die vorläufige Abnahme mit einer Abschrift für den öffentlichen Auftraggeber ausstellen, in der gegebenenfalls seine Vorbehalte niedergelegt sind und unter anderem der Tag angegeben ist, an dem seiner Ansicht nach die Lieferungen vertragsgemäß abgeschlossen und für die vorläufige Abnahme bereit waren, oder

- den Antrag mit einer entsprechenden Begründung und unter Angabe der Maßnahmen ablehnen, die der Auftragnehmer seiner Ansicht nach zu treffen hat, damit die Bescheinigung noch ausgestellt werden kann.
- 31.3 Ist es wegen außergewöhnlicher Umstände unmöglich, die Abnahme der Lieferungen in dem für die vorläufige Abnahme oder die Endabnahme festgelegten Zeitraum vorzunehmen, so wird dies dem Auftragnehmer – wenn möglich, nach Rücksprache mit ihm – vom Projektmanager schriftlich bescheinigt. Die Bescheinigung über die Abnahme bzw. Zurückweisung wird binnen 30 Tagen nach dem Tag ausgestellt, an dem der Hinderungsgrund hinfällig wurde. Der Auftragnehmer kann sich nicht unter Berufung auf diese Umstände der Verpflichtung entziehen, die Lieferungen abnahmebereit zu übergeben.
- 31.4 Versäumt es der Projektmanager, die Bescheinigung über die vorläufige Abnahme auszustellen oder die Lieferungen innerhalb der Frist von 30 Tagen zurückzuweisen, so gilt die Bescheinigung als am letzten Tag dieser Frist ausgestellt, außer wenn die Bescheinigung über die vorläufige Abnahme als Ersatz für eine Bescheinigung über die Endabnahme dienen soll. In diesem Fall findet Artikel 34 Absatz 2 keine Anwendung. Wenn die Lieferungen vertragsgemäß in Lose unterteilt sind, hat der Auftragnehmer das Recht, für jedes Los eine gesonderte Bescheinigung zu beantragen.
- 31.5 Bei einer Teillieferung behält sich der öffentliche Auftraggeber das Recht vor, eine Bescheinigung über eine vorläufige Teilabnahme auszustellen.
- 31.6 Nach der vorläufigen Abnahme der Lieferungen baut der Auftragnehmer vorläufige Bauten ab und entfernt Material, das nicht mehr zur Durchführung des Vertrags gebraucht wird. Er beseitigt darüber hinaus Abfall und Hindernisse und macht jede im Rahmen des Auftrags erforderlich gewordene Veränderung des Orts der Abnahme rückgängig.
- 31.7 Der öffentliche Auftraggeber kann alle zugestellten Lieferungen unmittelbar nach der vorläufigen Abnahme in Benutzung nehmen.

Artikel 32 - Gewährleistungspflichten

- 32.1 Der Auftragnehmer gewährleistet, dass es sich bei den Lieferungen um neue und ungebrauchte Waren in neuester Ausführung handelt, bei denen die neuesten Verbesserungen hinsichtlich Entwurf und Material berücksichtigt wurden, soweit im Auftrag nichts anderes festgelegt ist. Der Auftragnehmer gewährleistet ferner, dass bei allen Lieferungen, wenn sie unter den im Land des öffentlichen Auftraggebers geltenden Bedingungen verwendet werden, kein Mangel aufgrund des Entwurfs, des Materials oder der Ausführung, sofern nicht Entwurf oder Material durch die Spezifikationen vorgeschrieben wurden, oder aufgrund einer Handlung oder einer Unterlassung des öffentlichen Auftraggebers auftritt. Diese Gewährleistung gilt so lange, wie es in den Besonderen Bedingungen festgelegt ist.
- 32.2 Der Auftragnehmer ist für die Behebung aller Mängel oder Schäden an allen Teilen der Lieferungen zuständig, die während der Gewährleistungsfrist offensichtlich werden oder auftreten, und zwar entweder:
- a) durch Verwendung mangelhaften Materials, unsachgemäße Ausführung oder fehlerhafte Entwürfe des Auftragnehmers, und/oder
 - b) durch Handlungen oder Unterlassungen des Auftragnehmers während der Gewährleistungsfrist, und/oder
 - c) bei einer Inspektion, die durch den öffentlichen Auftraggeber oder in seinem Auftrag durchgeführt worden ist.

- 32.3 Der Auftragnehmer behebt die Mängel oder Schäden so bald wie möglich auf eigene Kosten. Die Gewährleistungsfrist für alle ersetzten oder instand gesetzten Gegenstände gilt ab dem Zeitpunkt, zu dem die Ersatzlieferung oder Instandsetzung zur Zufriedenheit des Projektmanagers erfolgt ist. Ist im Vertrag eine Teilabnahme vorgesehen, so wird die Gewährleistungsfrist nur für den von der Ersetzung oder Instandsetzung betroffenen Teil der Lieferungen verlängert.
- 32.4 Treten solche Mängel oder Schäden während der Gewährleistungsfrist auf, so teilt der öffentliche Auftraggeber oder der Projektmanager dies dem Auftragnehmer mit. Versäumt es der Auftragnehmer, einen Mangel oder Schaden innerhalb der in dieser Mitteilung gesetzten Frist zu beheben, so kann der öffentliche Auftraggeber

a) den Mangel oder den Schaden selbst beheben, die Aufgaben auf Gefahr und Kosten des Auftragnehmers durch eine andere Person ausführen lassen, wobei die dem öffentlichen Auftraggeber entstehenden Kosten von den dem Auftragnehmer geschuldeten Beträgen oder von den Sicherheiten des Auftragnehmers oder aber von beidem abzuziehen sind, oder

b) den Vertrag kündigen.

32.5 In dringenden Fällen, wenn der Auftragnehmer nicht unmittelbar zu erreichen ist oder trotz Benachrichtigung nicht in der Lage ist, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, kann der öffentliche Auftraggeber oder der Projektmanager die Arbeiten auf Kosten des Auftragnehmers ausführen lassen. Der öffentliche Auftraggeber oder der Projektmanager unterrichtet den Auftragnehmer so rasch wie möglich über die ergriffenen Maßnahmen.

32.6 Die Gewährleistungspflicht ist in den Besonderen Bedingungen und in den technischen Spezifikationen zu regeln. Ist die Dauer der Gewährleistungsfrist nicht festgelegt, so beträgt sie 365 Tage. Die Gewährleistungsfrist beginnt mit dem Datum der vorläufigen Abnahme und kann nach Artikel 32 Absatz 3 verlängert werden.

Artikel 33 - Kundendienst

33.1 Schreibt der Vertrag einen Kundendienst vor, so wird dieser gemäß den in den Besonderen Bedingungen festgelegten Modalitäten geleistet. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Wartung und Reparatur der Lieferungen sowie eine rasche Ersatzteilbeschaffung durchzuführen oder durchführen zu lassen. In den Besonderen Bedingungen kann dem Auftragnehmer vorgeschrieben werden, für alle oder einige der folgenden Materialien, Hinweise und Unterlagen im Zusammenhang mit Ersatzteilen, die vom Auftragnehmer hergestellt oder vertrieben werden, zu sorgen:

a) Ersatzteile, die der öffentliche Auftraggeber gegebenenfalls vom Auftragnehmer zu beziehen wünscht, wobei dies den Auftragnehmer nicht von der vertraglichen Gewährleistungspflicht entbindet, und

b) bei Einstellung der Produktion der Ersatzteile Vorankündigung an den öffentlichen Auftraggeber zwecks Deckung des Bedarfs; nach Einstellung der Produktion kostenlose Lieferung der Pläne, Zeichnungen und Spezifikationen der Ersatzteile an den öffentlichen Auftraggeber, wenn dies verlangt wird.

Artikel 34 - Endabnahme

34.1 Nach Ablauf der Gewährleistungsfrist oder, im Falle mehrerer Fristen, nach Ablauf der letzten Frist sowie nach Behebung aller Mängel oder Schäden stellt der Projektmanager dem Auftragnehmer eine Bescheinigung über die Endabnahme und eine Abschrift für den öffentlichen Auftraggeber aus, in der der Tag angegeben ist, an dem der Auftragnehmer nach Überzeugung des Projektmanagers seine vertraglichen Verpflichtungen erfüllt hat. Der Projektmanager stellt diese Bescheinigung über die Endabnahme entweder binnen 30 Tagen nach Ablauf der Gewährleistungsfrist aus oder sobald nach Artikel 32 auszuführende Nachbesserungen zu seiner Zufriedenheit vorgenommen worden sind.

34.2 Der Vertrag gilt erst dann als vollständig erfüllt, wenn die Bescheinigung über die Endabnahme vom Projektmanager unterzeichnet wurde oder als von diesem unterzeichnet angesehen wird.

- 34.3 Ungeachtet der Ausstellung der Bescheinigung über die Endabnahme sind der Auftragnehmer und der öffentliche Auftraggeber weiterhin für die Erfüllung aller vertraglichen Verpflichtungen verantwortlich, die vor der Ausstellung der Bescheinigung über die Endabnahme eingegangen wurden und zum Zeitpunkt der Ausstellung dieser Bescheinigung noch nicht erfüllt waren. Art und Umfang solcher Verpflichtungen werden unter Bezugnahme auf die Bestimmungen des Auftrags festgelegt.

VERTRAGSBRUCH UND KÜNDIGUNG

Artikel 35 - Vertragsbruch

- 35.1 Beide Parteien begehen einen Vertragsbruch, wenn sie ihren Verpflichtungen nicht in Einklang mit den Vertragsbestimmungen nachkommen.
- 35.2 Bei einem Vertragsbruch ist die geschädigte Partei zu folgenden Maßnahmen berechtigt:
- a) Forderung von Schadenersatz und/oder
 - b) Kündigung des Vertrags.
- 35.3 Schadenersatz kann in folgender Form gefordert werden:
- a) allgemeiner Schadenersatz oder
 - b) Vertragsstrafen.
- 35.4 Sollte der Auftragnehmer eine seiner Verpflichtungen nicht nach den Bestimmungen des Vertrags erfüllen, so ist der öffentliche Auftraggeber unbeschadet seines Rechts nach Artikel 35 Absatz 2 außerdem berechtigt, folgende Maßnahmen zu treffen:
- a) Aussetzung der Zahlungen und/oder
 - b) Kürzung oder Einziehung von Zahlungen proportional zur Nichterfüllung.
- 35.5 Ist der öffentliche Auftraggeber berechtigt, Schadenersatz zu verlangen, so kann er die betreffende Summe von den dem Auftragnehmer geschuldeten Beträgen oder von der betreffenden Sicherheit abziehen.
- 35.6 Nach Maßgabe des auf den Vertrag anwendbaren Rechts hat der öffentliche Auftraggeber Anspruch auf Ersatz für Schäden, die nach Ausführung des Auftrags festgestellt werden.

Artikel 36 - Kündigung durch den öffentlichen Auftraggeber

- 36.1 Der öffentliche Auftraggeber kann, außer in den Fällen nach Artikel 36 Absatz 2, den Vertrag jederzeit mit sofortiger Wirkung kündigen.
- 36.2 Sofern in diesen Allgemeinen Bedingungen nichts anderes festgelegt ist, kann der öffentliche Auftraggeber den Vertrag mit einer Frist von sieben Tagen kündigen, wenn
- a) beim Auftragnehmer ein schwerer Vertragsbruch wegen Nichterfüllung seiner vertraglichen Verpflichtungen festgestellt wurde;
 - b) der Auftragnehmer nicht innerhalb einer angemessenen Frist der schriftlichen Aufforderung des Projektmanagers nachkommt, eine Unterlassung oder Nichterfüllung seiner vertraglichen Pflichten zu beheben, durch die die ordnungsgemäße und fristgerechte Durchführung der Aufgaben ernsthaft beeinträchtigt wird;
 - c) der Auftragnehmer sich weigert oder es versäumt, Verwaltungsanweisungen des Projektmanagers Folge zu leisten;

- d) der Auftragnehmer den Auftrag oder Teilaufträge ohne Zustimmung des öffentlichen Auftraggebers überträgt;
- e) der Auftragnehmer sich im Konkursverfahren, in Liquidation oder im gerichtlichen Vergleichsverfahren befindet oder seine gewerbliche Tätigkeit eingestellt hat oder sich aufgrund eines in den einzelstaatlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften vorgesehenen gleichartigen Verfahrens in einer vergleichbaren Lage befindet;
- f) eine strukturelle Änderung eintritt, die eine Änderung der Rechtspersönlichkeit und der Art des Auftragnehmers sowie des Kontrollverhältnisses, in dem sich der Auftragnehmer befindet, zur Folge hat, es sei denn, diese Änderung wird in einem Zusatzvertrag zu Protokoll genommen;
- g) ein anderes rechtliches Hindernis für die Vertragserfüllung besteht;
- h) der Auftragnehmer nicht die verlangten Sicherheiten leistet oder einen Versicherungsvertrag beibringt oder wenn die Person, die die Sicherheit oder den Versicherungsschutz bisher gestellt hat, nicht in der Lage ist, ihre Verpflichtungen einzuhalten;
- i) der Auftragnehmer im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit eine schwere Verfehlung begangen hat, welche auf eine Art und Weise nachgewiesen wurde, die der öffentliche Auftraggeber rechtfertigen kann;
- j) der Auftragnehmer rechtskräftig wegen Betrugs, Korruption, Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung, Geldwäsche oder einer anderen gegen die finanziellen Interessen der Europäischen Union gerichteten Handlung verurteilt wurde;
- k) bei der Erfüllung eines anderen aus dem EU-Haushalt/ dem EEF finanzierten Vertrags ein schwerer Vertragsbruch seitens des Auftragnehmers festgestellt wurde;
- l) sich nach der Zuschlagserteilung herausstellt, dass das Vergabeverfahren oder die Vertragserfüllung mit schwerwiegenden Fehlern oder Unregelmäßigkeiten behaftet ist oder dass Betrug vorliegt;
- m) bei dem Vergabeverfahren oder der Erfüllung eines anderen aus dem EU-Haushalt oder dem EEF finanzierten Vertrags festgestellt wurde, dass schwerwiegende Fehler, Unregelmäßigkeiten oder Betrug begangen wurden, die sich wahrscheinlich auf die Ausführung des vorliegenden Vertrags auswirken;
- n) der Auftragnehmer es versäumt, während eines Zeitraums von sieben Jahren nach der Abschlusszahlung zu dem Vertrag die vertragsrelevanten Aufzeichnungen aufzubewahren;
- o) der Auftragnehmer seinen Verpflichtungen gemäß den Artikeln 9a und 9b nicht nachkommt;
- p) der Auftragnehmer seinen Verpflichtungen gemäß Artikel 10 nicht nachkommt.

36.3 Durch die Kündigung des Vertrags bleiben andere Rechte oder Befugnisse des öffentlichen Auftraggebers und des Auftragnehmers, die sich aus dem Vertrag ergeben, unberührt. Der öffentliche Auftraggeber kann danach für Rechnung des Auftragnehmers einen neuen Vertrag mit einem Dritten abschließen. Die Haftung des Auftragnehmers für den verspäteten Abschluss der Dienstleistungen endet mit sofortiger Wirkung zu dem Zeitpunkt, zu dem der öffentliche Auftraggeber den Vertrag kündigt; eine Haftung für bereits vor diesem Zeitpunkt eingetretene Verzögerungen bleibt hiervon unberührt.

36.4 Nach Kündigung des Vertrags oder nach entsprechender Unterrichtung sorgt der Auftragnehmer unverzüglich dafür, dass die Aufgabendurchführung umgehend und in geordneter Weise eingestellt und die Kosten auf ein Mindestmaß begrenzt werden.

- 36.5 Nach der Kündigung bescheinigt der Projektmanager so bald wie möglich den Wert der Dienstleistungen und alle dem Auftragnehmer am Tag der Kündigung geschuldeten Beträge.
- 36.6 Im Falle der Kündigung nimmt der Projektmanager im Beisein des Auftragnehmers oder seiner Vertreter bzw. nach einer entsprechenden ordnungsgemäß ergangenen Aufforderung so bald wie möglich eine Bestandsaufnahme sowohl der getätigten Lieferungen und erbrachten Leistungen als auch des angelieferten und unbenutzten Materials vor. Ferner wird zum Datum der Vertragskündigung eine Aufstellung über die Beträge, die dem Auftragnehmer geschuldet werden, und die Beträge, die der Auftragnehmer dem öffentlichen Auftraggeber schuldet, angefertigt.
- 36.7 Der öffentliche Auftraggeber ist bis zum Abschluss der Lieferungen zu keinen weiteren Zahlungen an den Auftragnehmer verpflichtet. Nach Abschluss der Lieferungen ist der öffentliche Auftraggeber berechtigt, vom Auftragnehmer die Erstattung der für den Abschluss der Lieferungen gegebenenfalls entstandenen zusätzlichen Kosten zu verlangen, oder verpflichtet, dem Auftragnehmer den diesem vor der Vertragskündigung noch geschuldeten Restbetrag zu bezahlen.
- 36.8 Kündigt der öffentliche Auftraggeber den Vertrag, so ist er - unbeschadet der sonstigen ihm vertragsgemäß zustehenden Rechtsmittel – berechtigt, vom Auftragnehmer neben den zusätzlichen Kosten für den Abschluss des Auftrags für alle erlittenen Verluste bis zur Höhe des Wertes der Lieferungen Ersatz zu verlangen, sofern in den Besonderen Bedingungen nichts anderes festgelegt ist.
- 36.9 Ist die Kündigung nicht auf eine Handlung oder Unterlassung des Auftragnehmers, auf höhere Gewalt oder auf andere außerhalb der Kontrolle des öffentlichen Auftraggebers liegende Umstände zurückzuführen, ist der Auftragnehmer berechtigt, zusätzlich zu den ihm zustehenden Zahlungen für bereits erbrachte Leistungen eine Entschädigung für den erlittenen Schaden zu verlangen.
- 36.10 Dieser Vertrag endet automatisch, wenn er innerhalb von drei Jahren nach seiner Unterzeichnung durch beide Parteien nicht zu einer Zahlung geführt hat.

Artikel 37 - Kündigung durch den Auftragnehmer

- 37.1 Der Auftragnehmer kann den Vertrag mit einer Frist von 14 Tagen kündigen, wenn der öffentliche Auftraggeber
- ihm die geschuldeten und vom Projektmanager angewiesenen Beträge nach Ablauf der in Artikel 28 Absatz 3 genannten Frist nicht gezahlt hat, oder
 - nach mehrfacher Mahnung seine vertraglichen Pflichten weiterhin nicht erfüllt oder
 - den Fortgang der Lieferungen oder eines Teils davon länger als 180 Tage aus Gründen unterbricht, die weder im Vertrag genannt sind noch auf einem Verstoß oder Versäumnis des Auftragnehmers beruhen.
- 37.2 Durch eine derartige Kündigung bleiben alle anderen im Rahmen des Vertrags erworbenen Rechte des öffentlichen Auftraggebers oder des Auftragnehmers unberührt.
- 37.3 Im Falle einer derartigen Kündigung ersetzt der öffentliche Auftraggeber dem Auftragnehmer alle Verluste oder Schäden, die diesem gegebenenfalls entstanden sind.

Artikel 38 - Höhere Gewalt

- 38.1 Von einem Versäumnis der vertraglichen Pflichten oder einem Vertragsbruch einer Partei ist nicht auszugehen, wenn die Erfüllung dieser Pflichten durch ein Ereignis höherer Gewalt verhindert wird, das nach dem Zeitpunkt der Mitteilung über die Zuschlagserteilung oder nach dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrags eintritt.
- 38.2 Als „höhere Gewalt“ in diesem Sinne gelten unvorhersehbare Ereignisse, die sich dem Einfluss der beiden Parteien entziehen und deren Ende keine der beiden Parteien trotz gebührender Beachtung der ihr obliegenden Sorgfaltspflicht herbeiführen kann, wie unabwendbare Ereignisse, Streiks, Aussperrungen oder sonstige Betriebsunruhen, Handlungen von Staatsfeinden, erklärte und nicht erklärte Kriege, Blockaden, Aufstände, Aufruhr, Epidemien, Erdbeben, Stürme, Blitzschlag, Überschwemmungen, Unterspülungen, Störungen der öffentlichen Ordnung oder Explosionen. Ein Beschluss der Europäischen Union über die Aussetzung der Zusammenarbeit mit dem Empfängerland ist als höhere Gewalt zu betrachten, wenn dies die Aussetzung der Finanzierung im Rahmen dieses Vertrags zur Folge hat.
- 38.3 Unbeschadet der Artikel 21 und 36 entfallen die Inanspruchnahme der Erfüllungsgarantie, die Vertragsstrafen oder die Kündigung wegen Nichterfüllung, wenn und soweit der Leistungsverzug des Auftragnehmers oder sein sonstiges Unvermögen, seine vertraglichen Pflichten zu erfüllen, auf höhere Gewalt zurückzuführen sind. Ebenso wenig hat der öffentliche Auftraggeber – unbeschadet der Artikel 28 und 37 – bei Zahlungsverzug Zinsen zu zahlen oder eine Nichterfüllung bzw. Kündigung wegen Nichterfüllung durch den Auftragnehmer zu verantworten, wenn und soweit der Zahlungsverzug des öffentlichen Auftraggebers oder sein sonstiges Unvermögen, seine vertraglichen Pflichten zu erfüllen, auf höhere Gewalt zurückzuführen ist.
- 38.4 Ist eine Partei der Auffassung, dass ein Ereignis höherer Gewalt eingetreten ist, das die Erfüllung ihrer Pflichten beeinträchtigen könnte, so benachrichtigt sie umgehend die andere Partei und den Projektmanager unter Angabe der Art, der voraussichtlichen Dauer und der vermutlichen Auswirkungen dieses Ereignisses. Falls keine anderslautende schriftliche Weisung des Projektmanagers vorliegt, setzt der Auftragnehmer die Erfüllung seiner vertraglichen Pflichten soweit zumutbar fort und bemüht sich, tragbare Ersatzleistungen zur Erfüllung seiner Pflichten zu erbringen, denen das Ereignis höherer Gewalt nicht entgegensteht. Der Auftragnehmer führt Ersatzleistungen nur auf Weisung des Projektmanagers aus.
- 38.5 Zusätzliche Kosten, die dem Auftragnehmer dadurch entstehen, dass er den Weisungen des Projektmanagers nachkommt oder Ersatzleistungen im Sinne von Artikel 38 Absatz 4 erbringt, sind vom Projektmanager zu bescheinigen.
- 38.6 Dauert ein Ereignis höherer Gewalt 180 Tage an, so kann jede der beiden Parteien ungeachtet der Verlängerungsfrist, die dem Auftragnehmer aus diesem Grund gegebenenfalls für den Abschluss des Auftrags gewährt worden ist, der anderen Partei den Auftrag mit einer Frist von 30 Tagen schriftlich kündigen. Dauert die höhere Gewalt nach Ablauf der 30-tägigen Frist weiterhin an, so endet das Vertragsverhältnis und folglich auch – nach Maßgabe des auf den Vertrag anwendbaren Rechts – die Verpflichtung der Parteien zur weiteren Vertragserfüllung.

Artikel 39 - Tod

- 39.1 Handelt es sich bei dem Auftragnehmer um eine natürliche Person, so endet das Vertragsverhältnis automatisch mit dem Tod dieser Person. Bekunden die Erben oder die Anspruchsberechtigten jedoch die Absicht, den Auftrag zu übernehmen, so prüft der öffentliche Auftraggeber ihren Vorschlag.

- 39.2 Handelt es sich bei dem Auftragnehmer um mehrere natürliche Personen und sterben eine oder mehrere dieser Personen, so fertigen die Parteien einvernehmlich eine Aufstellung über den Stand des Auftrags an, und der öffentliche Auftraggeber entscheidet unter Berücksichtigung der von den Überlebenden und gegebenenfalls den Erben oder Anspruchsberechtigten übernommenen Verpflichtungen, ob der Vertrag gekündigt oder weitergeführt werden soll.
- 39.3 In den in Artikel 39 Absätze 1 und 2 genannten Fällen teilen die Personen, die die weitere Durchführung des Vertrags übernehmen wollen, dem öffentlichen Auftraggeber ihre Absicht binnen 15 Tagen nach dem Todesfall mit. Die Entscheidung des öffentlichen Auftraggebers wird den Betroffenen binnen 30 Tagen nach Eingang ihres Vorschlags bekannt gegeben.
- 39.4 Diese Personen haften gesamtschuldnerisch für die ordnungsgemäße Vertragserfüllung im gleichen Umfang wie der verstorbene Auftragnehmer. Für die weitere Ausführung des Vertrags gelten die im Vertrag vorgesehenen Bestimmungen über die Stellung einer Sicherheit.

STREITBEILEGUNG UND ANWENDBARES RECHT

Artikel 40 - Streitbeilegung

- 40.1 Die Parteien bemühen sich nach besten Kräften, Streitigkeiten, die in Bezug auf den Vertrag zwischen ihnen entstehen könnten, gütlich beizulegen.
- 40.2 Im Falle einer Streitigkeit setzt eine Partei die andere Partei schriftlich über die Streitigkeit in Kenntnis, legt ihre diesbezügliche Position und die von ihr vorgeschlagene Lösung dar und ersucht um gütliche Regelung. Die andere Partei muss innerhalb von 30 Tagen auf dieses Ersuchen um gütliche Regelung antworten und ihre Position zu der Streitigkeit darlegen. Sofern die Parteien nichts anderes vereinbaren, beträgt die maximale Zeitspanne für die Herbeiführung einer gütlichen Regelung 120 Tage ab dem Datum der Mitteilung, in der um ein solches Verfahren ersucht wird. Sollte eine Partei dem Ersuchen der anderen Partei um gütliche Regelung nicht zustimmen oder nicht rechtzeitig auf dieses Ersuchen reagieren oder sollte innerhalb des maximalen Zeitraums keine gütliche Regelung erzielt werden, so ist das Verfahren für die gütliche Regelung als fehlgeschlagen anzusehen.
- 40.3 Kommt es nicht zu einer gütlichen Regelung, kann eine Partei die andere Partei schriftlich darüber in Kenntnis setzen, dass sie um Schlichtung durch einen Dritten ersucht. Ist die Europäische Kommission nicht Partei des Vertrags, kann sie akzeptieren, in einem solchen Fall als Schlichter zu fungieren. Die andere Partei hat binnen 30 Tagen auf das Ersuchen um Schlichtung zu reagieren. Sofern die Parteien nichts anderes vereinbaren, beträgt die maximale Zeitspanne für das Erlangen einer Einigung durch Schlichtung 120 Tage ab dem Datum der Mitteilung, in der um ein solches Verfahren ersucht wird. Sollte eine Partei dem Ersuchen der anderen Partei um Schlichtung nicht zustimmen oder nicht rechtzeitig auf dieses Ersuchen reagieren oder sollte innerhalb des maximalen Zeitraums keine Schlichtung erzielt werden, so ist das Schlichtungsverfahren als fehlgeschlagen anzusehen.
- 40.4 Wenn das Verfahren der gütlichen Regelung und gegebenenfalls das Schlichtungsverfahren fehlschlagen, kann jede der Parteien gemäß den Besonderen Bedingungen die Streitigkeit entweder zur Entscheidung an ein nationales Gericht oder an eine nationale Schlichtungsstelle verweisen.

Artikel 41 - Anwendbares Recht

- 41.1 Für diesen Vertrag gilt das Recht des Landes des öffentlichen Auftraggebers oder, wenn der öffentliche Auftraggeber die Europäische Kommission ist, das EU-Recht, das gegebenenfalls durch belgisches Recht ergänzt wird.

SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel 42 - Verwaltungsrechtliche und finanzielle Sanktionen

- 42.1 Unbeschadet der Anwendung anderer im Vertrag vorgesehenen Rechtsmittel können Auftragnehmer, die falsche Erklärungen abgeben, wesentliche Fehler, Unregelmäßigkeiten oder Betrug begangen oder ihre Vertragspflichten in schwerwiegender Weise verletzt haben, für eine Höchstdauer von fünf Jahren, gerechnet ab dem Zeitpunkt, zu dem der Verstoß begangen wurde, der nach Anhörung des Auftragnehmers zu bestätigen ist, im Einklang mit den maßgeblichen EU-Haushaltsvorschriften von allen EU-finanzierten Aufträgen oder Zuschüssen ausgeschlossen werden. Bei Rückfälligkeit innerhalb von fünf Jahren nach dem ersten Verstoß kann die Ausschlussdauer auf zehn Jahre heraufgesetzt werden.

- 42.2 Zusätzlich oder alternativ zu der verwaltungsrechtlichen Sanktion gemäß Artikel 42 Absatz 1 können außerdem finanzielle Sanktionen in Höhe von 2 bis 10 % des Gesamtauftragswerts gegen den Auftragnehmer verhängt werden. Bei Rückfälligkeit innerhalb von fünf Jahren nach dem ersten Verstoß kann dieser Satz auf 4 bis 20 % angehoben werden.
- 42.3 Ist der öffentliche Auftraggeber berechtigt, finanzielle Sanktionen zu verhängen, so kann er die betreffende Summe von den dem Auftragnehmer geschuldeten Beträgen oder von der betreffenden Sicherheit abziehen.

Artikel 43 - Prüfungen und Kontrollen durch Einrichtungen der Europäischen Union

- 43.1 Der Auftragnehmer gestattet der Europäischen Kommission, dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung und dem Europäischen Rechnungshof, die Durchführung des Vertrags anhand der Unterlagen zu kontrollieren und die Unterlagen zu kopieren oder an Ort und Stelle, einschließlich durch Kontrollen der Originalunterlagen, zu überprüfen. Damit diese Kontrollen und Rechnungsprüfungen durchgeführt werden können, wird den vorstehend genannten EU-Einrichtungen erforderlichenfalls gestattet, eine vollständige Rechnungsprüfung auf der Grundlage der Belege für die Konten, der Buchungsunterlagen und der sonstigen die Finanzierung des Projekts betreffenden Unterlagen vorzunehmen. Der Auftragnehmer gewährleistet zu jedem angemessenen Zeitpunkt einen ungehinderten Zugang vor Ort, insbesondere zu seinen Büros, seinen elektronischen Daten, seinen Rechnungslegungsdaten und allen sonstigen Informationen, die für die Rechnungsprüfungen erforderlich sind, einschließlich der Gehaltsabrechnungen der an dem Vertrag beteiligten Personen. Der Auftragnehmer gewährleistet ebenfalls, dass die erforderlichen Informationen zum Zeitpunkt der Rechnungsprüfung verfügbar sind und dass die Daten auf Anfrage in geeigneter Form ausgehändigt werden können. Diese Kontrollen können bis zu sieben Jahre nach der Abschlusszahlung stattfinden.
- 43.2 Darüber hinaus gestattet der Auftragnehmer dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung, gemäß den in den Rechtsvorschriften der Europäischen Union festgelegten Verfahren zum Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union gegen Betrug und andere Unregelmäßigkeiten vor Ort Prüfungen und Kontrollen vorzunehmen.
- 43.3 Hierzu verpflichtet sich der Auftragnehmer, den Beamten oder Bediensteten der Europäischen Kommission, des Europäischen Amts für Betrugsbekämpfung und des Europäischen Rechnungshofs angemessenen Zugang zu den Räumlichkeiten und Orten, an denen der Auftrag ausgeführt wird, einschließlich seiner Informationssysteme sowie sämtlicher Unterlagen und Datenbanken zur technischen und finanztechnischen Verwaltung des Projekts zu gewähren und sämtliche Schritte zu ergreifen, um deren Arbeit zu erleichtern. Der Zugang der Bediensteten der Europäischen Kommission, des Europäischen Amts für Betrugsbekämpfung und des Europäischen Rechnungshofs erfolgt auf der Grundlage der Geheimhaltung gegenüber Dritten, unbeschadet der Verpflichtungen im Rahmen des öffentlichen Rechts, dem diese Bediensteten unterliegen. Dokumente müssen leicht zugänglich sein und so archiviert werden, dass ihre Prüfung erleichtert wird, und der Auftragnehmer muss den öffentlichen Auftraggeber über den genauen Ablageort der Dokumente in Kenntnis setzen.
- 43.4 Der Auftragnehmer stellt sicher, dass die Rechte der Europäischen Kommission, des Europäischen Amts für Betrugsbekämpfung und des Europäischen Rechnungshofs, Rechnungsprüfungen, Kontrollen und Nachprüfungen durchzuführen, in gleicher Weise, unter denselben Bedingungen und gemäß denselben, im vorliegenden Artikel festgelegten Vorschriften auch für alle Unterauftragnehmer und sonstigen Parteien gewahrt werden, die Fördermittel aus dem EU-Haushalt oder aus dem EEF erhalten.

Artikel 44 - Datenschutz

- 44.1 Alle personenbezogenen Daten, die in diesem Vertrag enthalten sind, werden gemäß der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe und Einrichtungen der Europäischen Union und zum freien Datenverkehr verarbeitet. Die Verarbeitung dieser Daten erfolgt einzig und allein zum Zweck der Erfüllung, Verwaltung und Überwachung des Vertrags durch den öffentlichen Auftraggeber. Sie können jedoch den Stellen, die nach Maßgabe des EU-Rechts Überwachungs- oder Prüfungsaufgaben wahrnehmen, übermittelt werden. Der Auftragnehmer hat Zugang zu seinen persönlichen Daten und hat das Recht, diese Daten berichtigen zu lassen. Bei etwaigen Fragen zur Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten muss sich der Auftragnehmer an den öffentlichen Auftraggeber wenden. Der Auftragnehmer kann jederzeit beim Europäischen Datenschutzbeauftragten Beschwerde einlegen.

Erfordert der Vertrag die Verarbeitung personenbezogener Daten, darf der Auftragnehmer nur auf Weisung des für die Verarbeitung der Daten Zuständigen handeln, insbesondere was den Zweck der Verarbeitung, die Kategorien der zu verarbeitenden Daten, die Empfänger der Daten und die Möglichkeiten der betreffenden Person, ihre Rechte auszuüben, anbelangt.

Die Daten sind vertraulich im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft und zum freien Datenverkehr. Der Auftragnehmer gestattet nur dem zur Erfüllung, Verwaltung und Überwachung des Vertrags unbedingt erforderlichen Personal den Zugriff auf die Daten.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, unter Berücksichtigung der inhärenten Risiken der Verarbeitung und der jeweiligen Art der personenbezogenen Daten geeignete technische und organisatorische Sicherheitsvorkehrungen zu treffen, um

- a) zu verhindern, dass Unbefugte Zugang zu Datenverarbeitungssystemen erhalten, mit denen personenbezogene Daten verarbeitet werden, insbesondere:
 - aa) unbefugtes Lesen, Kopieren, Ändern oder Entfernen von Datenträgern;
 - ab) unbefugte Dateneingabe sowie Weitergabe, Änderung oder Löschung gespeicherter personenbezogener Daten;
 - ac) Benutzung von Datenverarbeitungssystemen durch Unbefugte mit Hilfe von Einrichtungen zur Datenübertragung;
- b) zu gewährleisten, dass die zur Benutzung eines Datenverarbeitungssystems Berechtigten ausschließlich auf die personenbezogenen Daten zugreifen können, auf die sich ihre Zugriffsberechtigung erstreckt;
- c) zu erfassen, welche personenbezogenen Daten zu welcher Zeit an wen übermittelt worden sind;
- d) zu gewährleisten, dass personenbezogene Daten, die im Auftrag Dritter verarbeitet werden, nur entsprechend den Weisungen des auftraggebenden Organs oder der auftraggebenden Einrichtung verarbeitet werden können;
- e) sicherzustellen, dass während der Übertragung personenbezogener Daten sowie beim Transport von Datenträgern die Daten nicht unbefugt gelesen, kopiert oder gelöscht werden können;

f) seine Organisationsstruktur in einer Weise zu gestalten, die den Anforderungen des Datenschutzes gerecht wird.